

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (in Danks monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden - 2 / Geschäftsstellen und Redaktion: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher 17256 / Postfachkonto: Dresden Nr. 1869 / Druckereistunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen. Freitags von 16 bis 19 Uhr allgemeine Sprechstunde

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 7. Januar 1930

Nummer 5

Justizkomödie gegen die Fälscher des Sowjetgeldes

Das Kriegskomplot gegen die Sowjetunion

Imperialistische Drahtzieher der Verschöderung dirigieren den Prozeß / Der Dresdner Landfriedensbruchprozeß

Provokationen gegen die UGGA im Gerichtssaal

Dresdn., 7. Januar.

Der Prozeß gegen die weingardistischen Sowjetgeldfälscher, der gestern in Moskau begann, zeigte, trotz aller Beeinträchtigungsversuche des Gerichts, bereits am ersten Tage die enge Verbindung zwischen den kleinen Werkzeugen und ihren großen Hintermännern Deering, Nobel, Ehrhardt, der Generale Kerschow, Kressenkeim u. Vossow und von kapitalistischen Geldgebern in Deutschland auf. Die kapitalistische Justiz und ihre Geldgeber denken selbstverständlich nicht daran, diese Drahtzieher der Werkzeuge zu verhaften und auf die Anklagebank zu setzen. Im Gegenteil. Wir wissen durch die Einsicht in die umfangreiche Zeugnisse, daß diese Hauptkriminalisten nicht einmal als Zeugen für den Prozeß geladen sind.



Staatsgerichtsrat Wallenberg, Der Vorsitzende des Gerichts

Während das Gericht also es peinlich vermeidet, die politischen Hintermänner der angeklagten Kreaturen bloßzustellen, propagierte es gleich am ersten Tage des Prozesses in zynischer Weise die Sowjetunion, deren Vernichtung die Angeklagten betreiben. Auf einem im Gericht vorgelesenen Vorwurfsplan für die Behörden, fast unmittelbar neben dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, machte sich während der ganzen Verhandlung der Moskauer des sozialdemokratischen georgischen Klüngels breit, der einst in Tiflis regierte und heute in Paris seinen Koffertausch hat. Schlimmer noch war die Herausforderung der Sowjetunion, die das Gericht durch die von der dänischen sozialistischen Rechtsanwaltsgruppe beantragte Verurteilung eines weingardistischen Genossenkreuzes der Angeklagten wagte. Hierdurch stellte das Gericht selbst die Voreingenommenheit, die antisowjetistische Parteilichkeit und damit den voraussetzlichen Ausgang des Prozesses vor der Öffentlichkeit an den Pranger.

Der erste Verhandlungstag war ausgefüllt mit der Vernehmung des Angeklagten Karumidje. Trotz der Versuche des Vorsitzenden, den Prozeß und den Verhandlungsgegenstand zu bagatelisieren, ließ sich nicht verhindern, daß die Fäden von den antisowjetischen Werkzeugen zu den finanzkapitalistischen und militärischen Hintermännern bloßgelegt wurden. Karumidje sagte aus, daß der Plan, durch eine riesige Fälschung sowjetischer Banknoten die Sowjetwährung zu erschüttern und einen Aufstand in der Sowjetunion anzusetzen, in Verbindung mit verschiedenen nationalen und internationalen Kreisen ausgeheckelt wurde. Er erklärte ganz offen, daß der Zweck der Fälschungen die Organisierung des bewaffneten Aufstandes war. Auf einer Konferenz in London, an der neben dem General Hoffmann noch eine Reihe anderer bedeutender politischer Persönlichkeiten teilgenommen hätten, habe er diesen Zweck der Geldfälschung offen ausgesprochen. Im weiteren Verlauf der Vernehmung machte Karumidje zugaben, daß die finanziellen Mittel zur Unterhaltung der Geldfälscher von zahlreichen deutschen Firmen aufgebracht wurden. Karumidje versuchte, die anderen Werkzeuge, die als Angeklagte vor Gericht stehen, möglichst zu entlasten. Seine Aussagen ergaben jedoch, daß diese Angeklagten, die Weber, Sell, Schneider, Kipping usw., im Auf-

trag der kapitalistischen und militärischen Hintermänner an der Aktion teilnehmen. Ueber die Frage, welchen Erlös der Verkauf der falschen Sowjetnoten erbracht habe und wozu die Notizen geschickt worden seien, erklärte Karumidje, später sprechen zu wollen. Damit ist die Vernehmung des Hauptangeklagten vorläufig beendet.



Karumidje

Die kapitalistische und sozialistische Presse in Deutschland versucht bei der Berichterstattung über den Prozeß, die weingardistischen Organisations des Krieges gegen die Sowjetunion selbstverständlich zu verteidigen und als „Freiheitskämpfer“ hinzustellen. Die offene Sympathie der gesamten kapitalistisch-sozialistischen und nationalsozialistischen Einheitsfront ist den Verbrechern gewiß. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das führende Organ des deutschen Trustkapitals, sollbarmst sich ganz offen mit Ehrhardt, Karumidje und allen anderen. Wie der Prozeß auslaufen wird, steht deshalb von vornherein schon fest. Die Berichterstattung des Gerichts wird gelingen. Man wird die Sowjetgeldfälscher genau so auf freien Fuß setzen, wie man die Dokumentenfälscher Dolfos und Co. in Freiheit läßt, um sie auch weiterhin als Werkzeuge bei der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion auszunutzen.

Die deutsche Arbeiterklasse muß dem Verlauf dieses Prozesses große Aufmerksamkeit zuwenden und aus ihm ersehen, daß die Imperialisten fieberhaft an der Verwirklichung ihrer Kriegspläne arbeiten. Die Justizkomödie gegen die Dichtermenschenfälscher auf der einen Seite und die Sowjetische der bürgerlichen und sozialistischen Presse, die Verbotshefte gegen die kommunistische Partei liegen auf der gleichen Linie. Die Klassenbewußten Arbeiter müssen begreifen, daß zwischen der Vorbereitung des Verbotes ihrer revolutionären Partei, der kommunistischen Partei, ein enger Zusammenhang besteht.

Ihre Lehre aus diesem Prozeß heißt deshalb schon heute: Bereitschaft in höchstem Maße, Bereitschaft zur Verteidigung des sozialistischen Aufbaues, zur Verteidigung der russischen Revolution!

Die Volkszeitung hekt zum KPD-Verbot

Arbeiter, antwortet: Hinein in die KPD! Lebt die kommunistische Presse!

Die „Dresdner Volkszeitung“ ist nach Kräften bestrebt, dem sozialistischen Organ, dem „Vorwärts“, an Verurteilung und Niedertracht in nichts nachzugeben. In ihrer gestrigen Nummer veröffentlicht sie unter der Überschrift: „Die Schließungen der Gewerkschaften — die Opfer und die Heher“ einen Artikel über die Zusammenhänge der letzten Wochen in Berlin, in dem ganz offen das Verbot der kommunistischen Partei gefordert und angekündigt wird. Die „Volkszeitung“ läßt genau wie der „Vorwärts“ den Kampf des Berliner Proletariats gegen die sozialistischen Revolverhelden in eine „politische Wutrede“ um. Sie nimmt offen Stellung für die nationalsozialistischen Banditen, indem sie die Aufforderung der „Roten Fahne“ an die Berliner Arbeiterklasse, sich gegen den sozialistischen Terror zur Wehr zu setzen als „unverhohlene Aufforderung zum bewaffneten Ueberfall auf die Verkehrsknoten der Patentträger“ und „persönliche“ Hege gegen die Patentträger bezeichnet. Sie bereitet das von Seering bereits vorbereitete Verbot der kommunistischen Partei vor und sucht Stimmung für dasselbe zu machen, indem sie schreibt:

„Wenn politische Verbände Wert darauf legen, verboten zu werden, so brauchen sie sich nicht anders zu benehmen wie seit einiger Zeit die Rechts- und Untorabitaten.“

Das ist nicht nur deutlich, sondern die Spitze der Heuchelei obenrein. Daß die sozialistischen Minister und Polizeipräsidenten nichts Ernsthaftes gegen ihre nationalsozialistischen Lieblinge unternehmen werden, ergibt sich nicht nur aus ihrer bisherigen Praxis, sondern auch aus der Rolle, die der Sozialfaschismus in der gegenwärtigen Situation der zugespitzten Klassengegensätze und der wachsenden Krise des Kapitalismus spielt. Nationalsozialisten und Sozialfaschisten arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Einer leidet dem anderen die Argumente im Kampf gegen die kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterklasse. Die Ankündigung des Verbotes, die das oben wiedergegebene Zitat aus der „Dresdner Volkszeitung“ enthält, ist darum lediglich der kommunistischen Partei. Es ist die Aufgabe eines jeden Klassenbewußten Arbeiters, sich in der gegenwärtigen Situation lester denn je um die kommunistische Partei zu kümmern, Mitglied derselben zu werden und ihre Presse zu lesen. Unter Führung der kommunistischen Partei muß das deutsche Proletariat den Kampf gegen die nationalsozialistischen und sozialfaschistischen Stützen des Kapitalismus verschärfen.

Der Vorwärts proklamiert den Weißen Terror

Der Vorwärts vom 4. Januar veröffentlicht einen Leitartikel, der von grundsätzlicher Bedeutung ist, weil er mit bisher unübertroffener Deutlichkeit und Brutalität ein Bekenntnis des Sozialfaschismus zum Weißen Terror enthält. „Schutz der Republik“ ist „Schutz der Freiheit“, so lautet der Titel jenes schändlichen Machwerkes, in dem zur Begründung des Seering'schen Kommuniverbotes folgendes proklamiert wird:

„Ein altes Römervort sagt, daß zwischen den Wajlen die Geheißschweigen... Es ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, Gewalt gegen Gewalt zu legen... Rühme es eines Tages wieviel so weit, daß an die

Erwerbslose marschieren voran!

In einer von 300 Erwerbslosen besuchten Versammlung in Bischofswerda wurden nach dem Bericht des Kollegen Wächter (Radeberg) über den Reichstagskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition zwei Delegierte (1 Frau und 1 Mann) zum Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz gewählt.

Ferner wurde in einer Betriebsversammlung der Firma Lidroth & Reinbrod in Niederzibitz ein Delegierter zum Landeskongreß gewählt. Arbeiter in den Betrieben und Erwerbslose auf den Stempelstellen! Folgt diesem Beispiel der Erwerbslosen von Bischofswerda und der Belegschaft der Firma Lidroth & Reinbrod!

Protest gegen die Verschöderung der städtischen Betriebe!

Kommt in die Versammlungen der Kommunistischen Partei
Mittwoch, 8. Januar, 20 Uhr, Blumenstraße, Blumenstr. • Donnerstag, 9. Januar, 20 Uhr, Annenstraße, Fischhofplatz • Donnerstag, 9. Januar, 20 Uhr, Reichsbanner, Bischofsweg
Es sprechen Renner, Siegel, Sindermann, Gruner, Säbel, Olga Körner KPD Groß-Dresden

A
g
n-A.
5/37
ZIII
ial-
baff
ce 28
ale
ann
pp
sche
28236
nd
c 8
aren
9/22
g
brik
ns
ner
17906
urikel
sden
10889
elpe
ert
r. 2 und
r Platz
nn
ahlung
US
y
atten
im
t
o.
26. I.
Kobati
Platz

Stelle der Vorkriegsgeplänkel, wie sie heute üblich sind, der offene Bürgerkrieg träte, so wäre natürlich auch die sich verteidigende Republik genötigt, zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen. Jeder Krieg, der Bürgerkrieg — besonders, bedeutet das Aufheben jeder Freiheit, — ob sie nachher wieder hergestellt wird, das hängt vom Kriegsausgang ab.

Unverkümmert wird hier ausgesprochen, daß im Kampf gegen den Kommunismus kein Geiz und keine „Demokratie“ mehr gelten soll. Die SPD soll außerhalb des Gesetzes gestellt werden, das ist die Linie des Zweiteschlages und der Feste der SPD-Presse gegen die KPD.

Die Sozialfaschisten werden sich scheuen, weiter denn je wird sich die Arbeiterklasse um ihre revolutionäre Vorhut scharen und unter ihrer Führung den Kampf gegen den Weissen Terror aufnehmen.

SPD-Landgerichtsdirektor läßt Rote-Hilfe-Material beschlagnahmen

Immer offener und brutaler seien die Sozialdemokraten, daß sie dazu berufen sind, dem Faschismus die Wege zu ebnen. Sozialdemokraten sind es, und zwar in diesem Falle der „Linke“ sozialdemokratische Amtsgerichtsdirektor Welland vom Münchener Platz, der die Beschlagnahme des „Informationsmaterials der Roten Hilfe“ anordnet hat. Mit an den Seiten der Beschlagnahme, daß der verantwortliche Leiter der Roten Hilfe, durch diese Information unserer Mitteilungsstelle der KPD die Absicht dabei gehabt hat, eine neue Front-Organisation zu schaffen. Da lassen die Führer — und die Arbeiter, die die Zwecke und Ziele der Roten Hilfe genau kennen.

Das Vorgehen der Roten Hilfe wird und muß es immer sein. Aufklärung über die reaktionären Geleise der kapitalistischen Menschheit zu schaffen. Und wir werden es weiter so halten. Das Gesicht der herrschenden Klasse und ihre Rechtsprechung dem Proletariat im proletarischen Sinne zu zeigen, ist unsere Aufgabe.

Die Sozialdemokratische Partei, Herr Welland, deren Mitglied Sie heute sind, hat unter dem Sozialfaschismus eines Bismarck genau so den Kampf geführt, als heute die revolutionäre Arbeiterklasse gegen das Zuchthausgesetz Everings, dessen Parteigenosse Sie sind. Für Teufel!

Kampfkomitee gewählt

KEG-Bekämpfung gegen Nationalisierung und Stilllegung
Berlin, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine starkbesuchte Bekämpfungsversammlung der KEG Brunnenstraße sagte nach einem Referat des roten Betriebsrates über die Massenentlassungen und die Anpreisung einer Revolution, in der die sozialfaschistischen Betriebsräte aus Schwärze teufelt werden. Die Bekämpfung billigt den Beschluß der revolutionären Vertrauensleute, einen Proteststreik während der Verhandlungen mit dem Gewerbetreibenden wegen der Entlassungen durchzuführen und gelobte, mit aller Entschiedenheit für die Forderungen der Opposition, für den Streiktag bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen. Ein Komitee zum Kampf gegen Massenentlassungen und für Lohnausgleich, das den Kampf organisiert und vorbereitet, wurde gewählt. Die Bekämpfung gelobte ferner, den Kampf gegen die Hungerregierung und die faschistische Republik unausgesetzt mit der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu führen.

Erwerbslosensturm auf eine Arbeitsamtstafel

Im Arbeitsamt in Breslau kam es am Sonntag zu schweren Zusammenstößen zwischen den Arbeitslosen und der Polizei. Ständige Provokationen und Schikanen der leitenden Kassensammler trieben die Empörung der hungernden Arbeitslosen auf die Spitze. Auf die Aufforderung des Kassensammlers, den Kassensaal des Arbeitsamtes zu räumen, antworteten die Arbeitslosen mit dem Versuch, die Kasse zu brennen und sich selber ihr Recht zu holen. Polizei wurde alarmiert und ging brutal gegen die Arbeitslosen vor, die sich energisch zur Wehr setzten, den Beamten ihre Waffen, Gummiknüppel und Revolver, entziehen und sie zu Boden schlagen. Polizeiliche Verstärkung räumte dann das Arbeitsamt und seine Umgebung.

Leipziger Erwerbslosendemonstration vor dem Rathaus

Von SPD bis NSDAP gegen Erwerbslosenforderungen
Mit blankem Sichel gegen Hungernde — Kommunist aus dem Stadtvorordnetenkollegium geworfen
Leipzig, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Anlässlich der gestrigen Eröffnung des Leipziger Stadtparlaments hatten die Kommunistische Partei und der Erwerbslosen-

Dresdner Landfriedensbruchprozeß:

Die Angeklagten haben das Wort!

Kühn vor dem Kriege und heute

Dresden, den 6. Januar 1936.

In unserer gestrigen Ausgabe skizzierten wir ganz kurz die Eröffnung der Verhandlung gegen die 38 ostfälischen Arbeiter. Nach Schluß unserer Redaktion trat das Gericht in die Verhandlung der Angeklagten ein. Wie ein roter Faden zog sich durch die Aussagen sämtlicher Angeklagten das

Bekenntnis zu der roten Front des Klassenbewußten Proletariats,

dessen Schutze die verbotene KPD ist und gegen dessen Verbot sie am 27. Oktober 1929 demonstrierten, wobei sie rüchellos von der von faschistischen Offizieren befehligten Polizei niedergelassen und auseinandergejagt wurden. Während die Polizei behauptet, nicht nur mündlich, sondern auch durch ein Kompositionssignal zum Auseinandergehen und damit zur Auflösung des Tagesaufgebots zu haben, bekunden sämtliche Angeklagte übereinstimmend, das erwähnte Signal sei erst nach der Auseinanderschlagung der Demonstration gegeben worden. Es sei das öffentliche Zeichen für die bereitete Polizei zum weiteren Einschlagen mit blauer Waffe auf die noch in der Nähe befindlichen Demonstranten und Zuschauer gewesen. Rückwärts sei auf am Boden liegende Frauen und Kinder eingeschlagen worden. Der Sozialreformer Jhle, der vor dem 27. Oktober die „Volkszeitung“ und die „Arbeiterstimme“ besonders aufmerksam gelesen hat, erklärt, die Stellungnahme der „Arbeiterstimme“ sei richtig gewesen, während die „Volkszeitung“ durch ihre gemeine Schreibweise nur bewiesen habe, daß sie eins der betrügerischen Blätter in ganz Deutschland sei.

Auch die Aussagen der anderen Arbeiter bewegten sich in ähnlicher und zum Teil recht scharf gegen das kapitalistische Klassenregime heilungnehmender Art. Typisches Beispiel dafür und wie das Gericht schon von vornherein durch die ganze Art der Fragestellung eine fast persönliche Voreingenommenheit gegen die Angeklagten äußerte, ist die

Vernehmung des kriegsbeschädigten Angeklagten Bleßing.

Vorsitzender Dr. Koug: „Haben Sie den Zug mitgemacht?“

Bleßing: „Sonst läge ich ja nicht vor dem Klassenrichter!“

Vorsitzender: „Antworten Sie mir ordentlich (!) auf meine Frage!“

Bleßing (aufgeregt): „Es ist ja der reine Haß, wenn man hier das Theater spielt!“

Vorsitzender (ablenkend): „Sie gehörten dem KPD an?“

Bleßing: „Jawohl. Bis zu meiner Entlassung. Ich trug das Ehrenkleid eines Klassenbewußten Arbeiters — die Uniform des KPD!“

Vorsitzender: „Hörten Sie die Ansprache des Herrn Sandermann auf der Weigererststraße?“

Bleßing: „Jawohl. Ich konnte sie aber infolge der Unruhe nicht verstehen. Aber trotzdem: den Tag des Handbells bestimmten wir!“

Vorsitzender: „Wo sind Sie verhaftet worden?“

Bleßing: „Am Dippoldswalder Platz. Was ich da gesehen habe, spottet jeder Beschreibung. Ich habe zeitliche Kosten im Felde mitleiden gesehen. Aber das war nichts gegen diese Polizeihorte. Es war eine Schande.“

Der 55jährige Arbeiter Schöppe erklärt:

Der Polizeipräsident Kühn habe, als er noch mit ihm vor dem Kriege im engeren Bezirksvorstand der SPD gefesselt, erklärt: „Das Proletariat hat keine andere Möglichkeit, als sich sein Recht auf die Straße zu erkämpfen.“

Das war die richtige Antwort!

Als der Angeklagte Zimmer befragt wurde, warum er mit demonstriert habe, erklärt er folgendes:

„Ich betrachtete den Prozeß als Anklage gegen das herrschende System! Es mußte, da es bereits in Fäulnis übergegangen ist, zu retten, was noch zu retten ist. Ich hoffe, daß der Staatsanwalt auch zu begründen vermag, was er in der Anklage geschrieben hat.“

Bei der Abführung der inhaftierten Genossen kam es wieder zu begeisterten Zurufen. „Rot Front!“, der Bundesgruß des verbotenen KPD, ertönte und fand auch auf der Tribüne seinen Widerhall.

Bürgerliche Pressestimmen zur Emden-Neuterei

Unmenschliche Behandlung der Mannschaften indirekt zugegeben

Während Graener in seinem Dementi die revolutionäre Demonstration auf der „Emden“ als eine Bagatelle hinzustellen versucht, erhebt sie im Urteil der schmerzhaften Presse doch etwas anders. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 5. Januar schreibt:

„Neutereien auf der Emden“, schreiben die kommunistischen Blätter frohlockend; das Reichswehrministerium geht auf den Brand gleich mehrere Vögel: es war keine Neuterei, drei Matrosen betranken sich in Puerto Columbin, langen verhi-

dene Soldatenlieder und die „Internationale“, hielten keine rote Flagge, nur ein rotes Tischtuch usw. Wenn man das Wort „deutsche Kriegsmarine“ oder „Matrosen“ hört, bekommt man im Unterbewußtsein einen Stich; man denkt der Zeit, da die Matrosen ihre Führer ermordeten und den letzten Widerstand der Heimat brechen, durch Deutschland zogen; ... Sicher, Technik und Tüchtigkeit der alten Flotte war gut, aber wenn solcher Haß zwischen Offizieren, Subalternoffizieren und Mannschaften bestehen konnte, so war es etwas faul. Und das kommt nun diese Emden-Nachricht! Es kommt nicht darauf an, ob die drei Leute betrunken waren, gewiß, sonst hätten sie ihre Zunge bewahrt, aber die internationale Gesinnung war da und bleibt da. Zu glauben, daß sie keine rote Fahne hielten; denn es war keine da; das rote Tischtuch genügt völlig für diesen Haß. Sicher ist, daß die Kommunisten verstanden haben, eine Keimzelle in die Emden zu legen. Woher hatten denn sonst die kommunistischen Blätter die erste Nachricht davon? Man muß annehmen, daß auf der Emden die Offiziere in anspruchsvoller Abgeschlossenheit wieder nicht gemerkt haben, was in ihrer nächsten Nähe vorgeht — die Sache ist eine hellhörnde Warnung: was soll eine nationale Flotte mit einem internationalen Geiß? — Bedenklicher ist noch folgende, auch vom Reichswehrministerium kaum abzubreitende Tatsache: der Kreuzer Emden hat keine Reile abgebrochen und ist gegen das ursprüngliche Programm noch vor Weihnachten in die Heimat zurückgekehrt, obwohl es sich um die gewöhnliche Ausbildungsreise der Seefahrerflotte handelt, die immer erst im Frühjahr ihre Ende findet. Die vorzeitige Rückkehr läßt darauf schließen, daß — vielleicht im Zusammenhang mit jener Neuterei — einem Wunsch der Besatzung nach Rückkehr noch vor dem Weihnachtsfest nachgegeben worden ist. Treiben wir in der Marine den Zuständen wieder zu, die 1918 zu Gehorsamsverweigerung vor dem Feinde führten?

Das schwerindustrielle Scharfmachertakt gibt damit indirekt zu, daß die Matrosen auf der Emden unmenschlich behandelt wurden. Dieses Einverständnis entspricht der Sorge um die imperialistische Kriegsstärke der Marine. Es ist ein Standal, daß jetzt noch 2 Matrosen der Emden im Gefängnis sitzen, während die schuldigen Offiziere unbeschäftigt bleiben. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingereicht, die die sofortige Freilassung der Matrosen und Verstrafung der verantwortlichen Offiziere verlangt. Sie wird den Kampf für die unterdrückten Matrosen gegen das militaristische System in der Reichsmarine weiter führen.

Vom Tage

Streik bei General Motors in Japan

Die japanischen Arbeiter der Automobilfabrik General Motors sind am Montag in den Streik getreten. Sie forderten Lohnerhöhungen und die Einführung des Achtstundentages.

Textilarbeiterstreik in Ostflandern

In Renix in der Provinz Ostflandern (Belgien) sind am Montag 7000 Textilarbeiter in den Streik getreten.

Polizei gegen Streikende

Die Polizei schritt gegen die Streikenden vor der Warenfabrik Kocema in Hartmannsdorf ein, die die Streikbrecher vom Betrieb fernhalten versuchten, und unterstützte durch ihre Gummiknüppel die Ausschlagungsbedrohungen der Textilarbeiter.

Höhere Mieten in Berlin

Am 1. April soll die Grundsteuer in Berlin um 5 Prozent erhöht werden, die restlos auf die Mieter abgewälzt werden und dadurch die Miete um 1 bis 2 Prozent erhöht wird. Berlin will so 25 Millionen aus den Mietern pressen.

Ein Prozeß „gegen“ jüdische Studenten

Am 10. Januar beginnt vor dem Schöffengericht Berlin-Witte ein Prozeß wegen der jüdischen Studentendemonstration am 28. Juni. Die Studenten hatten gegen die 50 Mark Geldstrafe Einspruch erhoben und werden jetzt völlig freigesprochen.

Hochverratprozeß gegen einen Berräter

Der ehemalige Reichsoffizier der Sowjetunion, Besjedowski betrug die Sowjetunion und flüchtete zur französischen Polizei um sich seiner Bestrafung zu entziehen. Am 8. Januar beginnt der Prozeß gegen den Berräter vor dem Tribunal des Proletariats der Sowjetunion. Besjedowski wird sich seiner Verantwortung vor dem Gericht entziehen.

Die Diskussion im Haag

Sanktionen / Reparation / Währung in Deutschland / Monopole / Diktatur des Finanzkapitals

Die Haager Verhandlungen konzentrierten sich nach anfänglicher Erledigung einiger formaler Fragen nunmehr auf jene Punkte, wo tatsächlich politische Gegensätze bestehen und demnach mit ernstlichen Auseinandersetzungen zu rechnen ist. Neben den beiden großen politischen Fraktionen der Sanktionen und der Reparation besteht eine Reihe finanzieller Differenzpunkte, die sich teils auf die Funktionen der Reparationsbank, teils auf das Recht Deutschlands zur Neuverpflichtung der bisher für die Darlehenlasten verantwortlichen, durch den Youngplan freigewordenen Einnahmequellen beziehen. Der letztere Punkt kann eine gewisse Bedeutung gewinnen, da die schwarzrotgoldene Regierung (mommt Hilferding bei den Bündelungen) ja bereits begonnen hat eine Politik der Umgestaltung verschiedener indirekter Steuern in verpfändbare Monopole betreibt und eventuell auch den Tabak in diese Politik einbeziehen will. Wichtiger ist eine Reihe von Differenzpunkten, die sich auf das deutsch-amerikanische Verhältnis beziehen: Neben den Fragen der Reparationsbank und den Besonderen der übrigen Gläubiger gegen das deutsch-amerikanische Reparationsabkommen bzw. seine Sonderbestimmungen gehören in diese Gruppe auch die Fragen der „Stabilität der deutschen Währung“. Das deutsch-amerikanische Abkommen bedeutet im Verhältnis zum Youngplan und der von ihm vorgegebenen Regelung der deutschen Beziehungen zu den übrigen Gläubigern eine gewisse Verrückung Deutschlands:

Es steht keine Mobilisierung der deutschen Zahlungen vor, erleichtert damit ihre spätere Revision, durch verschiedene Be-

immungen aber auch ihre zeitweise Stundung, die sich auf den Gesamtbeitrag der Schuld erstrecken kann. Endlich verzichtet Amerika in dem Abkommen ausdrücklich auf besondere Sanktionsrechte.

Das Bestreben der übrigen Gläubiger geht nun dahin, die formalen Beziehungen zwischen Youngplan und deutsch-amerikanischem Abkommen so zu gestalten, daß Deutschland von vornherein daran verhindert wird, eine Ausdehnung der deutsch-amerikanischen Abmachungen auf die Beziehungen zu den übrigen Gläubigern zu versuchen. Handelt es sich hier um — wenn auch wichtige — Fragen formaler Art, so hat die Frage der deutschen „Währungsstabilität“ unmittelbar politische Bedeutung:

Unter dem Vorwand, Sicherungen gegen eine Gefährdung ihrer Ansprüche durch eine neue Inflation zu verlangen, härten hier die Gläubigeremächte die Position des Herrn Schacht, der im Namen des deutschen Finanzkapitals und seiner Hinterleute, die Finanzdiktatur gegen die Arbeiterklasse organisiert.

Deutlicher kann der schwindelhafte Charakter der „nationalen“ Demagogie der Schacht und Konsorten nicht enthüllt werden: So wie sie — und ihr Agent Hilferding in der Regierung — leinereit den „Erstfeld“ angerufen haben, um die Diktatur des deutschen Finanzkapitals über die Reichsbahn international „garantieren“ zu bekommen, so debekken sie sich auch gern der gleichen Hilfstruppen zur verstärkten Ausschlagung der arbeitenden Massen auf dem Wege der Finanzreform, die sie sich gerne vom Ausland „diktieren“ lassen.

Losbruch der Roten Front

Mit dem Losbruch amtierender SA-Mitglieder begann der Kampf gegen die Arbeiterbewegung an dem nächsten Sonntag. Die Unzufriedenheiten sind zur roten Front, zur roten Front der Arbeiterbewegung und Unzufriedenheiten, trotz Staatsmacht und Polizei ist die rote Front nicht zu zerbrechen.

Wir haben die längste Zeit in unseren Veränden gehockt und am Hunger gewirgt für Profitinteressen! Wir haben genug halberverkaufte Kartoffeln getroffen, damit Drotbrot und Fleischbrot nicht strotzt, damit die Fabrik uns verprügelt und schindet, damit uns der Herr an die Brotkruste bindet — für sein Schweiß, kein Geld, für sein Kapital!

Wir haben genug in verfallenen Häusern gehockt! Wir waren nur Hebel und Hammer und Faust — da hat keiner gestohlen, hat keiner gemauert, weil der Staat, weil der Hunger uns Rücken befaßt!

Wir schwigten an Oefen, wir hoben Afford, wir wurden gefeiert und niedergedrückt, wir klopfen auf Pfahle, verhöhnt und gebüßt — für Produkt und Verdienst, für Profit und für Mord!

Da hat niemand geküßt vor den Arbeitern, daß uns Arbeit und Sonne und Weisheit verleiht, daß der Herr uns die dünnen Klamotten zerweht, daß der Herr uns Verfluchte ins Wallengrab hegt, daß wir kämpfen, damit die Gewinnräuber freier!

Wir haben die längste Zeit unsere Nadeln gebüßt und mit rostigen Armen als Werkzeuge gepoltert! Wir wurden bis jetzt bloß verachtet und bejuckt, weil wir lärten, daß wir leben und arbeiten wollten!

Wir Maschinenproleten, gequält und geprügelt, sind nicht länger mehr Schrot, sind nicht länger mehr Herde! Unsere Fäuste, Keulen, Klammern höher und greller! Wir Werkleute für Ruhen, Prokte und Geld — wir erkämpfen uns Recht! Und Arbeit paßt die Welt! Wir sind Rote Armeen. Wir Verdamnte der Erde!

Kot Front! H. W.

So sehen die „Raffereinen“ aus

Zittau. Ein Sittlichkeitslehrer trieb, wie gemeldet wird, am Donnerstag in den späten Nachmittagsstunden in den Anlagen bei der Staatshauschule sein Unwesen. In dem Manne wurde später von der Polizei ein 36jähriger Oberingenieur aus Görlitz festgestellt, der eine lange Pierrotse hinter sich hatte und der in dänischen Kreolen angezogen sein soll. Ja, ja — den „Reinen“ ist „alles rein“...

„Autofriedhof“ ist keine Geschäftsbezeichnung

So sagt ein „Sachverständigen-Gutachten“

Ein Autowerkstättenbesitzer, der u. a. alte, unbrauchbar gewordene Kraftwagen übernahm und alsdann zerlegte, benutzte in seiner Geschäftsaussicht das Wort „Autofriedhof“ wegen „unangehöriger“ Besichtigung der „Allgemeinheit“ strafrechtlich verfolgt, gab er dieses Wort als eine durch handelsübliche Bezeichnung aus. Hierüber wußte das Gericht ein Gutachten der Industrie- und Handelskammer Dresden. Dieses urteilte die Handelsüblichkeit, da der Ausdruck im sonstigen Verkehr (abgesehen von jenem Unternehmen) nirgends vorkomme und da überdies „andere Geschäftspunkte“ gegen seine Zulässigkeit sprächen. Einmal sei der darin enthaltene Vergleich mit menschlichen Begräbnisstätten gegenüber hinterlassenen Geldtrauern eine „Verletzung ihrer Gefühle“, zum anderen würden die übernommenen Fahrzeuge gar nicht dauernd untergebracht und ungeschädigt verwahrt, sondern entgegen dem Begriff der Friedhofsstätte gewöhnlich markbar gemacht, indem sie abmontiert und in ihre einzelnen Teile zum Zwecke weiterer Verwertung zerlegt würden. — Betsichtig kommt der Mann den „Empfindungen Andersdenkender“ nicht zu nahe, wenn er sein Unternehmen Auto-Anatomie oder Auto-Schlachthof nennt.

Opfer der Autorafferei

Am Sonnabend nachmittag wurde vor dem Straßenbahnhof im Stadtteil Dresden-Nählaus der 31 Jahre alte Taxifahrer Wehr, der eben vom Dienst abgelöst werden sollte, von einem Personentransportwagen erfasst und überfahren. Er erlitt Querschnittsverletzungen des Brustkorbes und am linken Oberschenkel, sowie Wunden am Kopf.

Immer schwerer das Personal der Städtischen Straßenbahn in Gefahr, von rücksichtslosen Autofahrern, den Herrenfahrern, über den Haufen gefahren zu werden. Die Straßenbahner, die schon jetzt vom Dienst gemüht sind, sollen durch die Verkehrs-

„Nach fünfundzwanzig Jahren“

H's der Hermann — H's der Hugo, der sich jener Zeit erinnert...?

Es begeben sich Beiden und Wunder, denn — die Dresdner Volkszeitung veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom Sonnabend, dem 4. Januar dieses Jahres, einen Artikel, den die diese Ueberschrift: „Vor fünfundzwanzig Jahren“ schmückt und unter der die weniger wichtigen Worte „Die ersten Sozialdemokraten im Dresdner Stadtparlament“ zu lesen sind. Die Erläuterung zu diesem Artikel muß dem Verfasser beim Anhören des schönen Liedes „Aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit...“ gekommen sein. Jetzt wissen wir nicht, H's Hermann Fleißner oder H's Hugo Freund, der sich darauf bekennt, daß es vor 25 Jahren noch aufrechte Kerle waren, die als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in das Dresdner Stadtparlament einzogen. Der Verfasser gibt seinem Artikel, das so sehr nach abgehandenem Wehrauch riecht, nur das Signum H.F. mit auf den Weg. Wir wollen ein wenig prüfen, wie der Inhalt dieser Jubiläumswortarbeit ausfällt. Der Schlußsatz lautet:

„Nach fünfundzwanzig Jahren fruchtbarer kommunalpolitischer Tätigkeit im Dresdner Stadtparlament ziemt es sich wohl, zurückzublicken und daran zu erinnern, wie es damals war.“

Nun — geheimnisvoller H.F.: es ziemt sich wirklich zurückzublicken! Aber, aber! Du bist scheinbar ein hoffnungsloser roter Kerl, sonst wären dir nicht folgende Sätze in deine stillschweigend netze Arbeit gerufen:

„Die bürgerlichen Vertreter wurden gezwungen, Stellung zu nehmen, über die man sich früher den Kopf nicht so sehr zerbrochen hatte. Ein Beispiel: Das Kapitel „Königliche“ Polizei war kein ohne Debatte bewilligt worden. (Die Stadt hatte dem Staat einen Betrag zu zahlen.) Als wir das erstmal dazu das Wort nahmen, suchte das der Vorsteher Dr. Stöckel mit der Bemerkung abzuweichen, es handle sich doch um eine finanzielle Angelegenheit, in die die Stadtratsmitglieder nicht hineinzureden sollten. Wir liehen uns nicht irremachen. Von da an gab es jedes Jahr eine große Polizei-Debatte, in die sich auch die Bürgerlichen in der Abwehr unserer Angriffe mischten. Und so auf allen wichtigeren Gebieten.“

Sieh einer an, was ihr damals für Kerle gewesen seid! Da kann sich die heutige sozialdemokratische Stadtratsfraktion eine Scheibe von abspindeln! Das müßten Jelten gewesen sein, als ihr noch gegen das Kapitel Polizeirat gekämpft und

vielleicht gar gestimmt habt. Heute ist das ja ganz anders... Drum wollen wir eurer Erinnerung etwas auf die Sprünge helfen.

1913, als ihr auch in den Stadtrat einbragt, bezogen die Ausgaben für die Polizei 811 000 Mark. Ihr habt Sturm dagegen gelaufen. 1920 betragen die Ausgaben für die Polizei 3 814 167 Mark — die habt ihr mit bewilligt!

Aber — in diesem Jahr hat auch kein Bürgermeister Stöckel in die Rede, vielmehr lächelte auch, als ihr so brav für die Gelder zum Ausbau der Gummihülspolizei stimmte, euer Genosse Bürgermeister Dr. Bühner vom Ratseßel freundlich zu. H. F. — sollte es gar der schier moosbewachsene Stadtratsordnete Fischer sein? — schreibt:

„Das Stadtparlament der damaligen Zeit war eine außerordentlich reaktionäre Gesellschaft.“

Das mag sein. Viel hat sich an dem Zustande nicht geändert, nur daß sich heute die Sozialdemokraten auf der Seite derer befinden, denen sie vor 25 Jahren ewigen Kampf geschworen haben. Wenn man bedenkt, daß derselbe Fleißner, der damals gegen das Kapitel Polizei Stellung nahm und Brandreden schwang, heute woffenhafte Volksempfänger von Leipzig ist, so kann man den Wert dieser Erinnerungen des H. F. ermessen.

Aber die Geschichte der SPD birgt auf den letzten Blättern so viel Schandthaten, daß es durchaus verständlich ist, wenn die Volkszeitung jetzt Zeitspende auswirft, um ihre Leser über das zu unterrichten, was die SPD früher war und was sie heute zu sein nur vorzutauschen sucht: die Vertreterin der Arbeiterklasse und des sozialistischen Kampfbewusstseins. Der SPD blieb es vorbehalten, den vergilbten Ehrenblättern der Geschichte der Arbeiterbewegung neue anzufügen, von der SPD berichten die Blätter die Schande des Sozialfaschismus.

Die Folgen einer Umstellung

nämlich der Umstellung der drei städtischen Bezirke Ostfisch, Westfisch und Erzgebirge-Bezirk auf einen einheitlichen Bundesbezirk Sachsen sind enorm. Nicht etwa bei der KPD, die diesen Schritt als notwendig erachtet, sondern in der Redaktion der Dresdner Volkszeitung. Dort hat die Umstellung Verwirrung angerichtet. Die äußert sich in der Volkszeitung vom Montag, den 6. Januar, wie folgt:

Vor einiger Zeit berichteten wir von der Landeskonferenz der städtischen KPD in Dresden. Dort war eine Resolution angenommen worden, in der gesagt war, für die Mitarbeiter der KPD bei den letzten Gemeindevahlen sei nicht die Möglichkeit, sondern die Leitung der städtischen Parteipartikulation verantwortlich. Der Beschluß des Zentralkomitees der Partei wurde „betragt“, eine durchgehende Reorganisation der Parteitarbeit in ganz Sachsen durchzuführen.

Diese Resolution sieht voraus, daß die Faust Thilmann eine Anzahl der in Sachsen führenden KPD-Mitarbeiter treffen würde. Wie wir jetzt erfahren, ist Jüngling Siederemann dieser Reorganisation zum Opfer gefallen. Schon seit einigen Tagen befindet sich in der Adresse des Landespartisekretariats Sachsen in der kommunalistischen Zeitungen nicht mehr die früher der Name Siederemann, an seiner Stelle steht der Name Kemmer. Siederemann ist also offenbar keines Votens entbunden worden. Er hat ihm also nichts gemut, daß er einmal einen Sozialfaschisten verhaften hat, und auch nicht, daß er im Verband ein paar festgefesselte Brandreden vom Stapel ließ. Offenbar ist er als Siederemann in die Wüste geschickt worden, weil die KPD bei den letzten städtischen Gemeindevahlen so schlechte Geschäfte machte.

Genosse Siederemann, der in den Rundfunkreden der Partei gegen die Verschärfung der Dresdner städtischen Betriebe ebenso sprechen wird, wie Genosse Kemmer, wird Gelegenheit nehmen, das althergebrachte Gewöhnliche der sozialfaschistischen Vorkämpfer, die in jeder Umorganisation eine Abhängigkeit sehen, zu befechten. Jeder Parteigenosse, der die Ergebnisse der Landeskonferenz und ihre Beschlüsse aufmerksam gelesen hat, wird diese Bemerkung der Volkszeitung als den hoheliedlichen Wunsch über die Zusammenziehung der Kräfte unserer Partei für einen neuen Vormarsch erkennen.

Arbeiter-Selbstmorde

In der Hermann-Müller-Republik

Kamen, freiwillig in den Tod gegangen ist — wie die Oberlausitzer Volkszeitung meldet — am Freitagvormittag der Glasarbeiter H. aus Kamen. Man fand den Bedauernswerten im Mausebruche ertrunken auf. Der Körper war noch nicht untergegangen, so daß er leicht geborgen werden konnte.

Die Volkszeitung fragt und schreibt leider nicht nach der Ursache dieser Tat. Eins heißt seit: wegen glänzender wirtschaftlicher Lage ist auch dieser Arbeiter nicht in den Tod gegangen. Bereits in anderer Sonnabendausgabe besprochen wir einen ähnlichen Fall. Auch heute sagen wir: Nicht Selbstmord, sondern revolutionärer Klassenkampf ist der Ausweg aus Not und Elend!

Böbau. Den Freitod durch Ertrinken suchte der Oberpostsekretär Pröbner. Wegen eines Schlaganfalls befand er sich seit einer Reihe von Jahren außer Dienst. Das Motiv zu dem Selbstmord dürfte in Schwermut zu suchen sein.

Böbau. Der Mann, dessen zerstückte Leiche am Sonnabend auf den Bahngleisen aufgefunden wurde, war der 23jährige landwirtschaftliche Arbeiter Paul Krausmarck aus Oberlausitz, der bei einem Landwirt in dem benachbarten Neben in Arbeit gesandten hat. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, heißt nach amtlichen Mitteilungen noch nicht fest.

Rothnaunh. Einen tragischen Tod erlitt der Sattlermeister Stark, als er nach Spittwitz ging. Er wurde plötzlich von einem Radfahrer angefahren, stürzte auf das Gesicht und erlitt innere Verletzungen. Dr. Wehse aus Göda konnte nur noch den Tod feststellen.

Sachsen a. d. Elbe. Hier portet ein Gebäude, das zur Aufbewahrung von Heu und Stroh diente, in Brand. Das Feuer griff auch über auf andere Gebäude, so daß recht bedeutender Schaden erwachsen ist. Die Ursache des Brandes ist bisher nicht ermittelt worden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Brandstiftung vorliegt.

Die Kleinen hängt man...

Gunzow. Ermittelt und festgenommen wurde hier ein Fassmischer in der Person eines 24 Jahre alten, vielfach vorbestrafter Händlers W. Wildenhof aus Göda. Wildenhof verurteilt bei kleinen Einkäufen halbe Zweimarkstücke an den Mann zu bringen. Es wurden bei ihm eine Anzahl halbe Zweimarkstücke und die zur Herstellung der Fassstücke verwendeten Werkzeuge gefunden. Wildenhof wurde in das Amtsgericht Rositz-Spremberg eingeliefert.

zungspläne noch mehr ausgepumpt und damit noch wehrloser gegen die Gefahren ihres Berufes gemacht werden.

In Dresden-Trachau lief am Sonnabend abend ein etwa 14 Jahre altes Schulmädchen in ein veräberfahrenes Auto hinein. Es zog sich dabei zum Teil erhebliche Verletzungen zu und mußte nach dem Krankenhaus übergeführt werden.

Am Montag vormittag stießen in der Fürstenstraße ein Motorradfahrer und ein Personentransportwagen zusammen. Der Motorradfahrer, dessen Personalien noch nicht feststehen, wurde in schwerem Verletzungszustande nach dem Krankenhaus gebracht.

KPD-Antrag im Stadtratsordnungsamt

In den Sonntagvormittagsstunden ereignete sich — wie wir schon berichteten — ein schweres Unglück auf der Omnibuslinie Nr. 12. Während ein auswärtiger Personentransportwagen beim Überholen des an der Kottbenerstraße einbiegenden Omnibuses von demselben an einen Telegrafensystem geschleudert wurde und fast vollständig in Trümmer ging, rannte der Omnibus an einen Baum. Trotzdem trugen auffälligerweise die Insassen des Personentransports nur geringfügige Verletzungen davon. Beide Wagen mußten später abgeschleppt werden.

Zu dem an dieser Omnibuslinie öfters vorkommenden Unglücksfällen lenket uns die Zeitung der Ortsgruppe der KPD in Reuben die Mitteilung, sie habe die Dresdner Stadtratsordnungsfraktion der KPD ersucht, entsprechende technische Sicherheitsmaßnahmen durch einen Antrag zu fordern, um die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten.

Die ständige Straßenbahn und ihre Maßnahmen

Wir berichteten bereits einmal von beabsichtigten Maßnahmen der Straßenbahndirektion gegen das unerbittliche Umfellen. Uns erreicht unter der Ueberschrift „Kündigung von Umfellenfahrern der städt. Straßenbahnlinien und im Übergangsverkehr mit nichtstädtischen Straßenbahnlinien“ folgende amtliche Zusage:

Infolge der Einführung neuer Umfellenfahrerscheine wird die Geltung folgender unbefristeter Umfellenfahrerscheine des Vordrucks für Sonnabend, den 1. Februar 1930 aufgekündigt:

- A. Für die städtischen Straßenbahnlinien:
 1. 12er-Scheine für Schüler und Lehrlinge zu 2 RM und 2,50 RM (mit Collobaube);
 2. 12er-Scheine für Kriegsbeschädigte u. Kriegsblinde zu 2,50 RM;
 3. 12er-Scheine für Friedensblinde und Friedensbeschädigte zu 2,50 RM;
 4. 6er-Scheine für Erwerbslose zu 0,60 RM.
- B. Zum Übergangsverkehr zwischen städtischen und nicht-städtischen Linien:
 1. 12er-Übergangsscheine für Erwachsene zu 4, 4,50, 5 und 6 RM;
 2. 12er-Übergangsscheine für Schüler und Lehrlinge zu 3,00, 4 und 5 RM.

Gefällige Umfellenfahrerscheine, die sich bereits im Verkehr befinden oder noch in den Verkehr gelangen, können nur noch bis mit Sonnabend, den 1. Februar 1930, benutzt werden. Von Sonntag, den 2. Februar 1930, an sind sie ungenüßig. Es dürfen auch die auf 5 Kalendertagen befristeten 12er-Umfellenfahrerscheine der städtischen Straßenbahn- und Omnibuslinien für Erwachsene zu 2,50 und 3,50 RM (mit Collobaube) mit gelochter Ablaufsmode von Nr. 6 an, infoweit sie Fahrerscheine des letzten Vordrucks enthalten, von Sonntag, den 2. Februar 1930, an nicht mehr benutzt werden.

Alle Umfellenfahrerscheine werden von Sonntag dem 2. Februar 1930 an gegen Umfellenfahrerscheine neuen Vordrucks umgetauscht. Der Umtausch erfolgt durch Abgabe neuer Scheine mit jeweiliger Fahrerscheine, als sich unbenußt, noch gültige Fahr-

scheine im Augenblick des Umtausches in dem zurückgelassenen alten Heft befinden.

Der Umtausch der Scheine erfolgt in der Zeitfahrkartenkasse Stadthaus Theaterstr. 13, in den Büros der Straßenbahnhöfe, in den Verkehrsstellenpolizeistationen und in den privaten Kartenerkaufstellen. Die Umtauschgebühr der städtischen Straßenbahn- und Kraftomnibuslinien für Erwachsene zu 2,50 RM können auch bei den Schaffnern auf den Wagen und bei den Standbedienten am Arsenal, Albertplatz, Postplatz, Hauptbahnhof und an der Döbnerstraße umgetauscht werden.

Blutspuren und Frauenhaar im Eisenbahnabteil

In einem Abteil 2. Klasse des am Sonntag 13,07 Uhr von Weichen in Birna einlaufenden Personenzuges wurde eine Ueberschneidung festgestellt. Die Ueberschneidung wurde festgestellt, als der Lampe hellblondes Frauenhaar und an den umherliegenden Glasplättchen Blutspuren festgestellt wurden. Die Ueberschneidung wurde festgestellt, als der Durchfahrt des Wagens in Dresden bemerkt wurde. Bei der Durchfahrt des Wagens in Dresden nahmen Kriminalbeamte eine gründliche Durchsicherung vor. Weitere Spuren wurden nicht gefunden. Es wird angenommen, daß während der Fahrt eine Frau mit dem Kopf gegen die Lampe gestoßen und sich dabei verletzt hat. Das Zugpersonal sowie die Beamten der in Frage kommenden Stationen haben Wahrnehmungen, die mit dem Vorfall in Zusammenhang gebracht werden könnten, nicht gemacht. Die verletzte Person hat sich bisher nicht gemeldet.

Papageientranke auch in Sachsen?

In Eimurich bei Waldheim soll ein Ehepaar und dessen 10 Jahre alte Tochter an der sogenannten Papageientranke erkrankt sein. Der Papagei war vor 14 Tagen in Berlin als Weihnachtsgeschenk gekauft worden.

Eine unerhörte Provokation des Baukner Finanzdezernenten

Abbau der Fürsorge, Abbau von Angestellten und Beamten, Erhöhung der Strom-, Gas- und Wasserpreise, Erhöhung der Biersteuer, Einführung der Rauchensteuer und Wasserleitungsgebühren

„Es ist vielen — und das gilt hauptsächlich von Lohn- und Gehaltsempfängern — noch nicht klar geworden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse es dem deutschen Volke nicht erlauben, so zu leben, wie vor dem Krieg, und daß wir alle uns Einschränkungen gefallen lassen müssen.“

So schreibt der Oberbürgermeister Niedner der Stadt Baunten in seinem Memorandum zur Finanzlage der Stadt. Ein Mann, der ein Jahrzehnt lang von 20 000 Mark zu verdienen hat. Wir nahmen bereits Stellung zu den geplanten Strompreiserhöhungen und wollen heute das Programm, das Herr Niedner der Öffentlichkeit unterbreitet, ein wenig unter die Lupe nehmen. Unnötig ist es, zu sagen, daß die Finanzlage der Stadt Baunten aus derselben Ursache heraus, eine so katastrophale ist wie in den anderen Gemeinden. Unnötig, zu erwähnen, daß gerade Herr Niedner denjenigen ist, der mit größter Zuverlässigkeit den großen Trüben und Unternehmungen Hunderttausende zur Verfügung stellt, der einen Polizeiparade unterhält, der ebenfalls weit über 1/2 Million an Steuergebern verschlingt. Niedner schreibt:

„Die Schulden der Stadt haben sich seit dem Jahre 1925-26 von 1 844 974 Mark erhöht auf 8 231 541 Mark im Jahre 1929-30, der Anleihezinseinstieg ist seit dieser Zeit gewachsen von 135 074 Mark auf 511 242 Mark.“

„Das“, so meint Niedner, „sind Zahlen, die jedem nachdrücklich vor Augen führen, daß es so nicht weiter gehen kann.“ Er lehnt den lächerlichen Vorschlag ab sofort den Revolver auf die Straße, falls sie kein Finanzprogramm nicht anzunehmen sollten und sagt:

„Wenn die städtischen Kollegien wider Erwarten nicht willens sein sollten, diesen Schritt zu tun, dann bleibt nichts anderes übrig, als im neuen Haushalt Sparmaßnahmen vorzunehmen.“

Die großen Vorbilder von Berlin lassen den kleinen Niedner in Baunten nicht zur Ruhe kommen, auch er hat das Bedürfnis, sich als Finanzautor aufzuspielen. Es ist bekannt, daß er bisher schon immer seinen Willen durchsetzte und daß die Fraktionen, ausgegangen bei der Sozialdemokratie bis zu den Deutschen Nationalen, ihm immer getreue Gefolgschaft leisteten. Der Unterschied ist lediglich der, daß Herr Niedner seinen Jüngern von selber die Fingerringe aufdrückt, und dazu kommen neuerdings die Herrschaften von der korruptierten NSDAP, gegenüber betont, die Sparmaßnahmen und die Massenentlassungen müssen in schnellerem Tempo als bisher erfolgen. Er will ihnen nicht mehr den Raum für ihre Agitationsbedürfnisse gewähren. Sie sollen ihren Maßstab etwas rationaler betreiben, damit die Bourgeoisie größere Unterstützung durch die Stadtverwaltung erhalten kann. Wir sind leider nicht in der Lage, das ganze Programm eingehend unter die Lupe zu nehmen und müßten uns deshalb auf das Wichtigste beschränken. So ist nur noch vorher erwähnt, daß das Vermögen der Stadt Baunten im Jahre 1929 rund 30 Millionen beträgt, ein großer Teil des von Niedner angeführten Anleiheendienstes ist lediglich die Verzinsung des städtischen Vermögenswachses.

Das Sparprogramm

An der Spitze der Sparmaßnahmen erscheint die Einsparung für den Wohnungsbau, ebenfalls gerade Baunten deshalb unter einer sehr hohen Wohnungsmangel leidet, weil die oberen Verwaltungsebenen und die Reichsleitungsstellen für eine ganze Anzahl nach Baunten verlegte höhere Beamte sehr viel Wohnungen für sich beanpruchten, die die Stadt Baunten bereitstellen mußte. Herr Niedner fordert:

1. Der Wohnungsbau muß sich mit den Mitteln begnügen, die aus Abgabensteuern fließen.

2. Wändereinstände für den Wohnungsbau sind unmöglich, auch dringend wünschenswerte Wändereinstände müssen unterbleiben.“

Diese „Sparmaßnahmen“ bedeuten weiter nichts, als daß die Stadt Baunten sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel der Mietsteuer den Bauunternehmern in den Taschen werfen will, die sich in Baunten zu der beachtlichen Gewinnschicht zusammenschließen haben, deren geschlossener Zweck darin besteht, für die zum größten Teil aus Mietsteuereinnahmen erzielten Wohnungsbauarbeiten hohe Mieten zu erheben, denn wenn die Stadt keine Wändereinstände für Wohnungsbau anläßt, hat sie auch keine Möglichkeit, sich in dem bisherigen beherrschenden Rahmen eigene städtische Wohnungen zu errichten. Diese „Sparmaßnahmen“ bedeuten somit im Effect eine ungeheure Steigerung der Wohnungsmieten und daß die Arbeiter und Angestellten gezwungen sind, weiter in ihren erbärmlichen Löhnen zu haften.

3. Notstandsarbeiten können überhaupt nicht mehr durchgeführt werden.“

Dieser Satz spricht für sich und bedarf weiter keines Kommentars. Von besonderem Interesse ist folgender Punkt:

4. Die Fürsorge für die Schwachen, Sichen und Krüppel muß, um die Auswendungen für die lebensfähigen Teile der Bevölkerung nicht über Gebühr einzuschränken, mehr als bisher herabgemindert werden.“

Wir fragen Herrn Niedner: Warum bleiben Sie auf diesem Wege stehen?

Wenn schon, denn schon.

Mit einigen Gramm Arsenik ist es möglich, all diejenigen, die erwerbsbeschränkt sind und unter den furchtbaren Existenzbedingungen vegetieren müssen, aus der Welt zu schaffen. Wenn deren Unterhaltungen noch mehr eingeschränkt werden sollen, wie Sie es vorzuziehen, so bedeutet es weiter nichts als den langsamen Hungertod etwas beschleunigen. Sie und die Ihnen Verfall Kubelnden offenbaren sich hier als die Repräsentanten einer völlig verfallenen Gesellschaftsordnung. Wir stellen das fest und mahnen die Arbeitermassen, energischer noch wie bisher gegen ein solches System den Kampf aufzunehmen, der ein Kampf um Leben und Tod ist. Für Räder, Sportplätze, Bühnen sollen nichts mehr ausgesprochen werden. Die Leute, die sich in die Brust werfen, wenn sie hinweisen auf das „Land der Dichter und Denker“, sind bereit, die ganzen biobeherrschten Kulturerrungenschaften auf den Mist zu werfen, nur, um den Profit einzelner Bäckereibäcker zu sichern. Und das Theater, sagt Herr Niedner, muß man schließen. Im Krankenhaus, in Fürsorgeanstalten soll gesparrt werden an der Anschaffung. Von den Beamten und Angestellten muß eine Anzahl entlassen werden. Fürwahr, Wido ist groß und Niedner kein Prophet. Ein solches „Sparprogramm“, wie es jetzt die Stadt Baunten unterbreitet, erhebt, das ein aktiver Abfall der Menschlichkeit, Genialität ist, ist der beste Beweis dafür, daß den Massen alle Existenzmöglichkeiten überhaupt geraubt werden, wenn der Kapitalismus noch weiter erhalten bleiben soll.

Die Rückseite der Medaille

Herr Niedner ist natürlich auch darauf bedacht, neue Geldquellen zu erschließen. Und hier steht er an der Spitze, was wir bereits erwähnten. Strompreiserhöhung ist das, was Herr Niedner den Massen zu Weihnachten verbietet. Der Strompreis soll von 45 auf 50 Pfennig erhöht werden und der Preis für den Arbeitsstrom der kleinen Gewerbetreibenden von 14 auf 17 Pfennig. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Die Großabnehmer, mit denen besondere Verträge lauten, werden von der Erhöhung unter a) nicht betroffen.“

Herr Niedner tennet keine Strafen. Er plündert die Massen aus und schont diejenigen, die es bisher schon verstanden, allein die Profite einzuhelmeln. Auch der Gaspreis soll von 22 auf 24 Pfennig erhöht werden, der Wasserpreis von 18 auf 22 Pfennig. Durch diese Maßnahmen will unter „Genie“ 200 000 Mark neue Einnahmen jährlich aus den Massen herausheulen. In einer besonderen Anlage B werden neue Steuern vorgeschlagen, und zwar ist in diesem Fall das Vorbild der Dresdner Sozialdemokrat Dr. Führer mit seiner Rauchensteuer, die für die Stadt Baunten 10 000 Mark einbringen soll. Auch die Biersteuer soll erhöht werden mit 5000 Mark jährlichem Mehrertrag. Das soll allem Anschein nach dazu beitragen, daß die Massen sich eine größere „Tugendhaftigkeit“ angewöhnen, denn, so schreibt er in seiner Einleitung:

„Wer behauptet, diese Kästen nicht mehr tragen zu können, der mag im Jahre ein paar Zigaretten weniger rauchen, ein paar Glas Bier weniger trinken, etwas weniger Schokolade essen, etwas weniger für Fuß und Kleidung verwenden...“

Wir leben alle, das Oberhaupt Baunten ist auf die „Tugendhaftigkeit“ seiner Wähler sehr bedacht, aber damit die Ausbeuter nur so mehr profitieren können. Er selbst jedoch kann auf seine 20 000 Mark Jahresgehalt nicht verzichten, sonst, so äußerte er sich früher einmal, hätte er schon längst den Sattel hingeworfen.

Eine weitere Einnahme soll durch eine Wasserleitungsgebühr von 2 Prozent des Mietwertes erzielt werden und 70 000 Mark Mehreinnahmen bringen. Als Vorbild hat sich Niedner in diesem Falle die Stadt Chemnitz ansehnlich.

Die Einwohner Baunten können aus diesem Finanzprogramm erkennen, weshalb ein würdiges Stadtoberhaupt die Einwohner „betruht“. Wie eine Dohle alles Glanzende zusammenfressen und in ihrem Nest anhäuft, so holt sich Herr Niedner aus dem ganzen Reich solche Beispiele zur Abdrosselung von Ausgaben, die nur die wirtschaftlich Schwachen treffen. Ebenso wie er sich zum Vorbild die reaktionären Maßnahmen für weitere Verlesungen der Massen im ganzen Reich zusammenholt. Diese Verlesungen müssen aber ein Ansporn sein für die Verfallenen Baunten, für die Stromabnehmer auch außerhalb Baunten auf den Dörfern, eine Kampagne zu führen gegen diesen unerhörten Raubzug und diejenigen, die diesen Raubzug verteidigen und unterstützen. Wir wissen, daß Niedners Weg der einzige ist, den die Bourgeoisie zu gehen vermag. Daraus folgt aber, daß dieser Kampf gegen den Ausplünderungsgeist angewandt muß im Kampf gegen das System überhaupt, im Kampf um die Diktatur des Proletariats, die wichtige Voraussetzung dafür, daß die Massen leben können und sich ihr Leben nach ihren Bedürfnissen zu gestalten in der Lage sind.



KINDERECKE

(Bearbeitet vom Jungspartakusbund, Bez. Ostachsen. Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an R. Renner, M. d. L., (Kinderecke), Dresden-A. 28, Columbusstraße 9, zu richten.)

Was soll die Kinderecke?

In der Kinderecke sollen sich alle Arbeiterkinder ausdrücken. Ihr soll schreiben, wie es euch in der Schule geht, was euch nicht gefällt und wo die Lehrer noch peinigeln. Wer arbeitet nicht, soll schreiben, was er arbeitet und was er dabei verdient. Dann könnt ihr eure Erlebnisse von der Straße oder von Wanderungen schildern. Auch Gedichte und Rätsel und noch vieles andere könnt ihr einschicken. Wenn ihr viel schreibt, so kann auch die Kinderecke recht oft erscheinen. Alle Berichte müßt ihr an Kurt Erdmann, Dresden-A., Columbusstraße 9, schicken. Schreibt aber dazu: „An die Kinderecke.“

Viele Grüße!

Euer Trommelpeter.

Friedensfreunde

Der Pastor in der Kirche spricht: Ihr Kinder, ein vergeblich nicht; In der Bibel steht geschrieben, Deine Feinde sollst du lieben.

Wenn auf der Welt ein Krieg entbrannt, Dann legen stets in jedem Land Patente mit dem Kreuz, sein, Die Waffen ihres Landes ein.

Nicht mit Kanonen, Schießgewehren Wer wird etwas die Kinder lehren.“ So spricht der Sozialdemokrat, Wenn er die Eltern vor sich hat.

Fast 1914 hat im August Er gar nichts mehr davon gewußt, Da brüllt er, Leute ich nur dar: „Das Vaterland ist in Gefahr.“

Dann ist er loger „den Völkerverbund“ In laut den Friedenswillen kund Doch heimlich rühet man sich doch In sich gegen die Sowjetunion. Am Aufbaumerte helfen dann Im ganzen Reiche alle Mann. Denn hält an ihrer Grenze Wacht Die partei rote Herrschaft.

Abzählreime

Kalt und warm, Reich und arm, Fleisch und Brot, Müd und Rot, Macht der Herr die Türe zu, Kaus muß du!

1 und 2 und 3 und 4 Kommunisten heißen wir, rote Fahnen wollen wir tragen, Schwarzweißrot um Teufel jagen! Wer beim Kampfe bleibt zu Haus, der muß tans!

Schau ich mich im Lande um, Ich wie viel sind noch so dumm, Glauben an den „lieben Gott“ Und nichts zu essen, nichts im Topf, Und die Not ist riesengroß, Fürst du auf und geh gleich los.

„Wir fordern Sie auf, für Ihren Sohn zu sorgen“ Weihnachtsgeschenke des Freiburger Rates

Wenn alles nicht, kann auch der Freiburger Rat nicht „helfen“, das mag ungefähr den Worten der Freiburger Rates gemeint sein, als er den Einwohnern seine Weihnachtsgeschenke präsentierte. Man muß ohne weiteres sagen, daß die Geschenke seitens des Rates „großartig“ organisiert die Solidarität seitens der Einwohnerschaft ein neues war. So wurde unter anderem die Stadtverwaltung durch den Freiburger Rat und die Aufsichtsbehörde abgelehnt, die aber dann eben von der Aufsichtsbehörde „angeordnet“ wurden. Sichtlich wollten Rat und Aufsichtsbehörde die Weihnachtsgeschenke zum Beweise bringen, wie behörde damit den Einwohnern zum Beweise bringen, wie viel die gerühmte „Selbstverwaltung“ und die „Mitbestimmung“ der gewählten Kommunalvertreter wert ist, oder besser gesagt, daß ein einfacher Federstrich der „Aufsichtsbehörde“ viele Rechte befreit.

Doch neben diesen allgemeinen Gaben glaubte der Freiburger Rat sicher auch noch individuell Sondergaben präsentieren zu müssen. So erhielt z. B. ein 50jähriger Arbeiter mit Frau, zwei schulpflichtigen und fünf nicht mehr schulpflichtigen Kindern, wovon drei arbeitslos sind (und der einen Bruttoverdienst von 50 RM wöchentlich hat), als Weihnachtsgabe folgendes Schreiben:

Freiburg, 30. Nov. 29.

Mr. R. 354/VII

Herrn ... mit kurzen Unterbrechungen mit wöchentlich 9,50 Mark als Fürsorgemittel unterliegt (dieselbe ist 22 Jahre und infolge langer Arbeitslosigkeit hilflos bedürftig, D. B.). Nach den Bestimmungen des BGB und der Reichsfürsorgepflichtverordnung sind Sie Ihrem Sohn gegenüber unterhaltspflichtig. Wir fordern Sie deshalb auf, ausreichend für Ihren Sohn zu sorgen, damit die Unterhaltung eingestellt werden kann. (Bei 50 RM Bruttoverdienst und 7 Kindern, D. B.)

Weiter werden Sie veranlaßt, die bereits erwachsenen Unterhaltungsstellen in Raten an unsere Stadthauptkasse zurückzahlen.

Innerhalb einer Woche wollen Sie schriftlich erklären, in welcher Weise Sie Ihrer Pflicht nachkommen wollen.

Der Stadtrat (Fürsorgeamt) gez. Knöfel, Stadtrat.

Man muß hierzu sagen, daß dieses Weihnachtsgeschenk des Freiburger Rates wirklich eine „würdige“ Gabe ist. Doch es wäre dringend zu empfehlen, daß den Herren Ratsberatern einmal ausgegeben würde, mit diesem Einkommen bei dieser Familie die Weihnachtsgeschenke zu erfüllen. Wir sind überzeugt, wenn dieses Beispiel probiert würde, würde auch in den dumpfigen Ratsstuben ein anderes Verständnis einziehen. Arbeiterfortspendenz 37.

Freital. Die bekannnten Dresdner roten Kisten steigen in nächster Zeit in Freital! Wann? Wird in der Arbeiterstimme bekanntgegeben.

Freital. Die nächste öffentliche Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag dem 3. Januar 1930 statt. Beginn 19 Uhr.

Freital. Eine öffentliche Friedensversammlung, in der Genosse Schier auf Dresden, über das Thema: „Die Verschärfung des Friedensvertrages“ sprechen wird, findet am Freitag dem 10. Januar 1930 in der „Alten Post“, Fr.-Deuben, Wajarsstraße, statt. Beginn 19.30 Uhr.

Was Arbeiterkinder für die Kinderecke schreiben

Am Dienstag, dem 10. 12. 1929, passierte mir folgendes: Ich ging um 8 Uhr morgens in die Lebensstunde, dort schenkte ich meiner Freundin eine „Trommel“. Da die anderen ebenfalls auch eine haben wollten, so gab ich ihnen ebenfalls eine. Als Herr Stopp, unser Lebensstundelehrer, hereinkam, sah er bei einem Mädchen eine „Trommel“. Am Ende der Stunde ging er zum Direktor und erzählte ihm, daß ich „Trommeln“ verteilt habe. Dann kam er zu meinem Klassenlehrer, und dieser nahm mir die übrigen 11 „Trommeln“ weg. Er sagte, er wolle diese „Trommeln“ nach dem Schulausschickeln. In der dritten Stunde ging eine Piste herum, in welcher stand, daß Kinder nichts von Politik verstehen, dann stand drin, daß das Verteilen von Zeiteln in der Schule „verboten“ ist. Der Lehrer verbot uns streng, in einen politischen Verein zu gehen. Dann frag er mich, wo ich die „Trommeln“ her hätte. Ich sagte ihm, daß ich sie voriges Jahr bei einer Veranstaltung bekommen habe.

Was sagen die anderen Kinder und Pioniere dazu? Sollen wir uns das gefallen lassen?

Ein Arbeitermüdel aus Röttau.

Meine erste Verhaftung

Am 17. November verteilte ich auf der Kesselsdorfer Straße Flugblätter. Da kam ein Schuttmann und verlangte ebenfalls einen Zettel. Dann frag er mich, von wem ich die Zettel bekommen hätte. Ich sagte ihm, daß ich sie von einem Verein hätte. Da mußte ich mit zur Wache gehen, dort wurde ich noch viel ausgefragt, und der Schuttmann schrieb alles, was ich sagte, auf. Nach einer Viertelstunde kamen Genossen und holten mich aus der Wache. Das war meine erste Verhaftung.

Was sagen Arbeiterkinder über Weihnachten?

Sollen wir Weihnachten und Christbaum? Wir jungen Pioniere sagen nein, man soll nicht erst zu Weihnachten mit uns Arbeiterkindern Erbarmen haben, damit wir dann das ganze Jahr brav hungern sollen. Konnten uns unsere Eltern überhaupt etwas schenken von dem niedrigen Lohn oder der Erwerbslosenunterstützung? Wir wollen das ganze Jahr über nicht hungern, das ist uns viel wichtiger als Weihnachten. Die Kinder in Rußland brauchen auch kein Weihnachten, ihnen geht es jeden Tag besser als uns am „größten Feiertag“. Wir Pioniere wollen, daß unsere Eltern Arbeit haben und höhere Löhne bekommen. Arbeiterkinder, kommt zu uns in den Jungspartakusbund, heißt, daß es unseren Eltern besser geht, dann brauchen wir keinen Christbaum und den ganzen Weihnachtsummel, den wir jetzt hinter uns haben.

Rot Front

Der Lehrer will den Kindern den Unterschied zwischen Hand und Faust klarmachen. Er zeigt die offene Hand. „Nun, was ist das?“ — — — — — Langes Schweigen, keiner weiß es.

„Ihr seid doch zu dumm, meine Hand ist das!“ „Nun, was ist das?“ (Er zeigt die Faust.) — — — — — Wieder langes Schweigen. Endlich meldet sich Hanschen.

„No, Hanschen?“ fragte der Lehrer hocherfreut. „Rot Front, Herr Lehrer!“

Uffnung!

In der nächsten „Kinderecke“ kommt ein Preisausgeschrieben! Euer Trommelpeter

Wählt Delegierte zum Landeskongreß!

Die Streikfront unerschütterlich

Auflauf zum Lohn- und Arbeitszeitkampf in der sächsischen Textilindustrie

Hartmannsdorf, 6. Januar.

Die Belegschaft der „Kecenia“ nahm am 3. Januar in einer überaus lebhaften Streikerversammlung einen Bericht des Delegierten vom Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition entgegen. Folgende Entschliessung wurde gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die am Freitag, dem 3. Januar, im „Naturbad“, Hartmannsdorf, tagende Streikerversammlung der Belegschaft „Kecenia“ nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Sie begrüßt diese Beschlüsse im Interesse des Klassenkampfes der Arbeiterschaft und verpflichtet sich, mit allen Mitteln diese zu verwirklichen. Sie entsendet einen Delegierten zum Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition.“

Der Bericht des Reichskongresses-Delegierten wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, und das Ergebnis der Abstimmung beweist, daß die Diskussionsreden der beiden sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre die Belegschaft in ihrer einstimmigen Stellungnahme für die Opposition nicht im geringsten beirren konnten.

Die anderen Diskussionsredner nahmen für die Beschlüsse des Kongresses Stellung, und die mehrfache Zustimmung der Versammelten zu den einzelnen Ausführungen brachte zum Ausdruck, daß

die Kampfmotiviertheit der Belegschaft, die sich schon die 6. Woche im Streik befindet, noch so stark ist, wie am ersten Tage.

Mehrere Kollegen nahmen zu dem Vorschlag des Vorstehenden des Betriebsrates aus dem DB durch die Gewerkschaftsbürokratie Stellung. Eine Entschliessung, die die sofortige Zurücknahme des unberechtigten Ausschusses des Kollegen Jatschi

fordert und in der die Belegschaft dem sozialdemokratischen Spaltungsterror den Kampf anzeigt, wurde gegen drei Stimmen beschloßen.

Der Gewerkschaftsangehörte Nelson hatte mitteilen lassen, daß er nicht in der Versammlung erscheinen sei, weil er „nicht wisse, über welche Fragen er sprechen solle“, da sich doch die Lage des Streiks in den letzten Wochen nicht verändert habe. Die Streikenden hielten dem Gewerkschaftsangehörten aus seiner „Verlegenheit“ und verlangten, daß er in einer der nächsten Versammlungen erscheine und darüber berichtet, was der DB für

Rückbildung des Arbeitszeitabkommens und des Lohnsatzes, der am 30. April abläuft,

zu unternehmen gedenkt, weil die Belegschaft auch in diesen Fragen Klar sehen will, damit sie ihre Maßnahmen rechtzeitig treffen kann.

So hat die streikende Belegschaft auch zu dem Lohn- und Arbeitszeitkampf in der sächsischen Textilindustrie, der in den kommenden Monaten zum Austrag kommen muß, die Initiative ergreifen.

Die sächsische Textilarbeiterchaft muß dem Beispiel der „Kecenia“-Belegschaft folgen

und in allen Betrieben, in Belegschaftsversammlungen die Rückbildung des Arbeitszeit- und des Lohnabkommens fordern und

schon heute ihre Kampfmaßnahmen vorbereiten,

da die Gewerkschaftsbürokratie — nach allen bisherigen Erfahrungen — einen großen Kampf der sächsischen Textilproleten zu verhindern suchen wird.

Die gesamte Textilarbeiterchaft muß die tapfere „Kecenia“-Belegschaft tatkräftig unterstützen!

Fordert von der Kampfleitung Sammelstellen an. Die wirkliche Unterstützung der für die sächsischen Textilarbeiter

auf Vorposten kämpfenden Hartmannsdorfer Belegschaft ist die Verbreiterung der Kampffront und die Vorbereitung des großen Lohnkampfes im Frühjahr. Dazu gehört auch, daß, gleich den Streikenden, die Belegschaften der anderen Betriebe zu den Beschlüssen des Reichskongresses Stellung nehmen und ihre Delegierten zum Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition wählen!

Bauarbeiter, macht reinen Tisch!

Am 23. 12. 29 fand auf der Baustelle des Baumeisters Warnah, Schönebergstraße, eine Betriebsversammlung statt mit dem Thema: Winterbeihilfe für die Gewerkschaften. Der Referent mußte in Anbetracht der 3 1/2 Stunden Mittagspause kein Referat kurz halten und behandelte vor allen Dingen die skandalösen Vorgänge bei Beratung der Erwerbslosenträge im Dresdner Rathaus am 19. 12. 29. Daß dabei die schändliche Rolle der SPD aufgedeckt werden mußte, ist selbstverständlich. In der Debatte stellte sich heraus, daß die Diebe sahen, denn die streikfähigen SPD-Mitglieder dieser Baustelle wußten nichts als die Hege der Dresdner Volkszeitung über Aufstaus zum besten zu geben, was natürlich im Schlüsselwort treffend widerlegt wurde. In diese Debatte griff auch der Delegierte dieser Baustelle, der von der Kompartei ausgeschlossen wurde, ein. Dabei wogte sich so richtig das schändliche Verhalten der sogenannten Moosbudel, die dem Delegierten erklärten: „Du bist ja nicht mehr im Verband, dich brauchen wir nicht mehr anzuerkennen, mit dir dürfen wir nicht mehr arbeiten!“ Kollegen, leht euch diese Sozialfaschisten und Moosbudel an! Hört nicht auf sie, sondern erklärt euch selbständig mit den ausgeschlossenen Kollegen. Da im Referat auch die Tätigkeit des Reichsbannertraktom-

mandos im Rathaus mit aufgerollt wurde, fühlte sich ein derartiger Held getroffen. Da er aber noch ein politisches Kind ist und lachlich nichts erwidern konnte, bezeichnete er den Referenten als Strolch. Doch lachlich wurde ihm nachgewiesen, wo die Strolche sitzen. Dabei bemerkte dieser Reichsbannerheld in seiner maßlosen Wut nicht, daß er den wahren Charakter des Reichsbanners verriet, indem er wörtlich erklärte: „Jeden Kommunisten, den wir erwischen, schlagen wir solange, bis er liegen bleibt, und lobt uns die Polizei auf's ferne, schlagen wir mit auf die Arbeiter los.“ Kollegen, mit diesem Gefindel macht reinen Tisch! Macht die Baustellen zu dem, was sie sein sollen, zu Kampfstätten für Verbesserungen eurer wirtschaftlichen Lage! Nehmt Stellung zu dem im Frühjahr beginnenden Lohnkampf! Wählt revolutionäre Vertrauensmänner und Kampfleitungen! Wählt die Beschlüsse des ersten oppositionellen Gewerkschaftskongresses durch! Arbeiterkorrespondenz 43.

Höflich wird vergast!

Wie frisch die Unterneht mit der Gesundheit der Arbeiter umspringen, zeigt ein Vorfall am Sonnabend, dem 4. Januar, im Betrieb H. u. J. H. Niederriedlich. Bei der Ausübung eines neuen Imprägnierungsverfahrens, dessen Durchführung ohne besondere Schutz- und Lüftungsanordnungen vor sich ging, wurde der Betrieb sehr repetiert vergast. Die Arbeiter der über dem Betrieb befindlichen Tischlerei konnten ihre Arbeit infolge Tränen der Augen, Reizung der Nase, Kopfschmerz und Unwohlsein nicht fortsetzen und mußten die Einstellung der Imprägnierung erzwungen. Der als Schürzenjäger bekannte Meister Dübne glaubte, hierbei noch den vorstellig werden den Betriebsrat häßlich abzuweisen zu können. Wie weit die Bezahlung der ausgefallenen Arbeitszeit geregelt ist, entschied sich zur Zeit unserer Kenntnis. Die betroffenen Arbeiter werden jedoch Bezahlung der Zeit dieses Experiments fordern. Sätze der Belegschaft aber muß es sein. Forderung dieser neuen Imprägnierung von den übrigen Arbeitsräumen durchzuführen, und heute schon muß sie die Gewerbeinspektion auf diese Vorfälle aufmerksam machen, damit mit der Gesundheit der Arbeiter nicht erneut gespielt wird. Arbeiterkorrespondenz 40.

467 Tiefbauarbeiter durch den Rat zu Dresden entlassen

Bereits vor dem 18. Dezember n. J. beabsichtigte die Betriebsleitung des Tiefbauamtes, Entlassungen von regulären Arbeitern bis zur Grenze von 25 Prozent vorzunehmen. Durch den scharfen Protest der Verammlung, und dadurch, daß jeder Kollege der Straßenbauabteilung sich bereit erklärte, auf je acht Arbeitsstunden zu verzichten, wurde beschlossen, jedweden Abbau zu verhindern. Wie die reformistischen Betriebsräte in den weiteren Verhandlungen operiert haben, erzählt sich unserer Kenntnis. Jedenfalls ist deren Obstruktion derart gewesen, daß sich die Betriebsleitung am 30. Dezember herausnahm, mit einem Programm aufzuwarten, wodurch selbst der indifferente Tiefbauarbeiter aus seinem bisherigen Schloße ausgerüttelt wurde. Am 2. Januar, gleichermäßen als Neujahrsgeschenk an die Arbeiterschaft, wurde während der Arbeitszeit, um 11 Uhr, eine Betriebsversammlung sämtl. sächsischer Tiefbauarbeiter leitens der Betriebsleitung einberufen. Dazu bemühten sich der Dezent des Tiefbauamtes, Stadtschauspieler Veale, und sein Adjutant, Stadtbaudirektor Gleibe, eben jener Gleibe, der in dem angelegenen Artikel (Arbeiterstimme: Neuer ungeheurerlicher Korruptionsstand!) genannt ist. Veale nahm nun korrumpiert das Wort und seine Rede war ein einziges Lament über die schickliche Finanzlage der Stadt, hierbei unterließen ihm Dinge, die ihm in der darauffolgenden Diskussion gründlich hätten widerlegt werden können. Der Auslass seiner Rede war der, daß von insgesamt circa 700 Tiefbauarbeitern (vor dem Kriege circa 1400) 467 Mann entlassen werden sollten, davon 127 Handwerker und 340 sonstige Arbeiter. Herr Veale war natürlich so schlau, sich beim Versammlungseleiter eine Diskussion über seine Rede zu verhüten, was der Leiter der Versammlung, Kollege König, auch bereitwillig gestattete. Nun kommt das Widerhölste, was ich je erlebt habe. Obgleich der Kollege König (Betriebsrat), Betriebsratsvorsitzender Pellegrini und ein Ver-

treter der Angestellten am gleichen Tische saßen, verabschiedeten sich Herr Veale und sein Adjutant Gleibe nur von dem gleichfalls anwesenden berühmten Verbandssprecher Wolff mit einem intensiven, warmen Händedruck, während die anderen oben Anwesenden keines Blickes gewürdigt wurden. Herr Veale und sein Begleiter hatten es ganz besonders eilig, aus der Atmosphäre der Protesten zu verschwinden. In der darauffolgenden Debatte war es nur ein Genosse von uns, der die Ausführungen Veales gehörig zerpfückte, so daß Herr Veale, hätte er es hören können, vielleicht keine Freude daran gehabt hätte. Für uns Proletarier aber steht fest, daß die Kollegen, die der Stadtgemeinde Dresden ihre Knochen jahrzehntelang hingaben, nun überzeugt sein werden, daß sie jene Komplete und Beamten, die heute noch auf Kosten der Allgemeinheit ein profitables und reaktionäres Auftreten wagen dürfen, baldigt dahin befördern, wohin sie gehören. Ihr aber, Kollegen, seht gewarnt! Ihr seht, wohin eure Gleichgültigkeit führt. Nur härtester Kampf kann unsere Lösung sein. Arbeiterkorrespondenz 30.

Bankangestellte fliegen aufs Pflaster

Die zur Dedi-Bank zusammengeschlossene Deutsche Bank und Diskontogesellschaft schließt wieder eine Fusionsbank. Das Kaffeehaus Bonhaus Pfeiffer geht mitkamen seinen fünf Filialen zu diesem Großbankkonzern über.

Das Handelsblatt der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 4. 1. 30 meldet von einer Fusionsverhandlung der Girozentrale Lübeck und der Lübeckischen Kreditbank. Nach diesen Verhandlungen ist beabsichtigt, eine Verschmelzung dieser beiden Institute zu vollziehen. Es ist beabsichtigt, eine gemeinsame Bank auf öffentlich rechtlicher Grundlage zu errichten, die den Bedürfnissen von Handel und Gewerbe in Lübeck und Umgebung in weitem Umfange Rechnung tragen soll. Diese Konzentrierung im Bankwesen wird weitergehen. Für Tausende von Bankangestellten bedeutet das Erwerbslosigkeits. Einen wirklichen Kampf um ihre Existenz und bessere Lebensbedingungen können sie nur gemeinsam mit der Arbeiterschaft in der roten Front führen.

Ein neues Betätigungsfeld für die Ausschlußtrout der Reformisten

Kommunistische Redaktoren werden für Zeitungsratgeber ausgeschlossen

Die Tatsache, daß die kommunistische Presse einen scharfen Kampf gegen den sozialfaschistischen Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie führt, wird von diesen als Begründung für eine neue Ausschlußkampagne gegen kommunistische Redaktoren verwandt. Nach der Demagogie der Reformisten sind Artikel, die die reformistische Gewerkschaftstätigkeit kritisieren, „gewerkschaftsschädigend“. So wurde der verantwortliche Redakteur der kommunistischen „Volkswacht“, der Genosse Erich Gemlich in Steina, aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen, weil er erklärte, für Artikel in der „Volkswacht“, die er der Klassenjustiz gegenüber verantwortlich zeichnete, auch gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie die volle Verantwortung zu übernehmen.

In dem Schreiben, mit dem der Vorstand des DBB die „Ausschließung aus dem Deutschen Metallarbeiterverband“ mitteilt, werden dem Genossen Gemlich ausdrücklich die „milderen Umstände“ versagt, weil er sich für den Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition eingesetzt habe.

Die sozialfaschistische Bürokratie im DBB wird durch derartige Ausschüsse nicht eine Schwächung der revolutionären Gewerkschaftsarbeit, sondern das Gegenteil erreichen. Mit noch größerer Energie und noch mehr Planmäßigkeit, mit verstärkter Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Sozialfaschismus werden die Arbeiter die Opposition bei der Wahl der Gewerkschaftsleitungen, bei der Neuwahl der Betriebsräte und bei der Delegation zu dem Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition Sächsens am 25. und 26. Januar in Chemnitz unterstützen.

Buchermieten der Volkshaus-Aktiengesellschaft oder Logusbüros der Gewerkschaften

In Anbetracht der bevorstehenden Ortsverwaltungen der freien Gewerkschaften und der in absehbarer Zeit vollendeten Volkshaus-Erweiterungsbauten ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder auch einmal über obiges Thema unterhalten. Bekanntlich sind neun Zehntel der Büros der freien Gewerkschaften in Räumen des Volkshauses stationiert, was ja auch den Gründungsgedanken von Gewerkschaftshäusern entspricht. Nun ist allerdings zwischen jener Zeit der Errichtung von Gewerkschaftshäusern und ihrer Entwicklung zur Volkshaus-WG eine weite Spanne, in der wohl nicht die Mitglieder, wohl aber die Spitzenfunktionäre sich in dem ihnen dadurch möglichen Bourgeoisiedeln eingelebt haben. Während tatsächlich das Wohnen der drei Mitgliederstufen nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar gesunken ist, sind eben die Spitzenfunktionäre zu sehr behabigen Pflüßern geworden, denen das Hinterhaus und Dachgeschossen der Gewerkschaftsmitglieder fremd geworden ist. Die Gewerkschaftsbüros von heute haben lange das Maß von Komfort überschritten, was notwendig ist zu wirklich guter Betätigung und Betreuung der Mitglieder. Nur vereinzelt war speziell bei den Dresdner Ortsverwaltungen noch der Gedanke der parlamentarischen Bewirtschaftung der anerkannten Beiträge maßgebend. Schon seit der ersten Volkshaus-Erweiterung zahlen die im Volkshaus untergebrachten Gewerkschaften einen ganz erheblichen über die Norm hinausgehenden Mietzins. So kostet dort ungefähr der Quadratmeter jährlich 24 RM, wofür in derselben Lage sonst nur 16-18 M. gezahlt werden. Was aber nun soll im Erweiterungsbau gezahlt werden, und wie stellen sich dazu die Gewerkschaftsleitungen? Im Erweiterungsbau soll die Miete pro Quadratmeter 40-42 RM betragen, wobei von den einzelnen Spitzenfunktionären dann noch gefordert wird, daß soviel Raum gemietet wird, daß — ministerialmäßig — für jeden Angestellten ein eigener Raum zur Verfügung stehen soll. Einzelne Ortsverwaltungsvertreter sträuben sich (nach linkssozialdemokratischer Manier) gegen diese Geldvergeudung, wogegen dann die Befürworter dieser Miete den Gedanken einwerfen, daß doch

selbstverständlich mit Wegfall der Zwangsmietpflicht bzw. der Beschränkung in der Mietpreisbildung die jetzt im alten Volkshaus angelegenen Büros auf dieselbe Höhe pro Quadratmeter gezahlt werden.

Gewerkschaftsmitglieder, billigt ihr diese Gedanken eurer Führer? Wollt ihr wirklich diese Buchermieten an die Volkshaus-WG zahlen, oder wollt ihr auch hierüber euren Spinnen bei den Ortsverwaltungen ein „Galt“ zurufen? Gewerkschaftsmitglieder, bestimmt müßten Gewerkschaftsbüros sein, gewiß müßten dieselben leistungsfähig ausgestattet werden, doch was steht in Dresden geplant ist, geht weit über dieses Maß hinaus. Seht euch eure Abrechnungen jetzt an, welche lächerlich geringe Summen werden für Komplexzwecke aufgewandt! Kommt ihr zu, daß diese Beträge zugunsten von Buchermieten an die Volkshaus-WG, noch weiter herabgedrückt werden? Jeder ernstlich und ehrlich denkende Gewerkschafter wird mit mir übereinstimmen, daß dies auf keinen Fall geht. Will die Arbeiterschaft bestehen, so muß sie sich aufraffen und tüchtig zu entscheidenden Kämpfen. Laßt euch nicht einleiten von euren Spinnen, indem sie euch erzählen, welchen „Warenkampf“ sie führten auf die „Versicherung“ der in den Volkshaus-Erweiterungsbau gezahlten Gelder, laßt euch nicht einleiten mit der lockenden Drohung von 36-Tarbenentzern, wo die Gelder des Jobftarbeiterverbandes angelegt wurden. An beiden Stellen opfert man den Dreibundgebern eure Haut. Auf beiden Stellen will man euch ohnmächtig machen. Reformisten und Staatsapparate sind dem Kapital die Garanten für den Wirtschaftsfrieden. Wirtschaftsfrieden bedeutet euren Untergang, Wirtschaftskrieg aber Befreiung. Jerichlagt den Reformisten die Verfallungspläne, verwehrt ihnen durch Wahl revolutionärer Ortsverwaltungen die Bewilligung von Buchermieten an die Volkshaus-WG. Verwehrt ihnen jedes weitere wirtschaftsfriedliche Pattieren, welches nur allein der kapitalistischen Welt das Weiterleben sichert. Arbeiterkorrespondenz 43.

Oeffentliche Eisenbahner-Versammlung

Dienstag den 7. Januar, 17 Uhr, im Bürgergarten, Löbtau / Genosse Siegel spricht über Die weitere Entrechtung der Eisenbahner und unser Ausweg

Rund um den Erdball

Die Schüsse auf Bischof Smith

„Religiös geprägte Geisteskrankheit“

Der päpstliche Richter spricht Smith frei und erklärt seine Freundin für geisteskrank

Am 24. November des vergangenen Jahres hatte die Schwedin Gudrun Kamst ad während der Messe im Petersdom zu Rom drei Schüsse auf den Bischof Smith abgegeben, die alle fehlgingen. Fräulein Kamst ad war daraufhin entlassen und im Vatikan festgehalten worden. Wie sich später herausstellte, hatte der Bischof Smith während seiner Tätigkeit als apostolischer Vikar in Schweden Fräulein Kamst ad kennengelernt, sie reichlich beschenkt und später mit nach Rom genommen. Dort brachte er sie in der Familie eines Rechtsanwaltes unter.

Da bekanntlich den katholischen Geistlichen jeder sexuelle Verkehr verboten ist, hatte der Vatikan nach der Tat Fräulein Kamst ad sofort als geisteskrank erklärt und wollte sie nach Schweden abschieben. Aber Fräulein Kamst ad benahm sich durchaus nicht als Geistesranke. Als sie nach den Gründen für ihre Tat gefragt wurde, erklärte sie frei und offen:

„Frägt den Bischof, er lemt sie!“

Daraufhin mußte von dem Richter des Vatikans das Verfahren gegen Gudrun Kamst ad eingestellt werden; während Bischof Smith vorläufig das Nachsehen entzogen wurde.

Jetzt veröffentlicht das norwegische Katholikenblatt „Sankt Olaf“ den Bericht des Vatikans in der Angelegenheit Smith-Fräulein Kamst ad. Das Urteil des päpstlichen Richters hampelt Fräulein Kamst ad auf Grund göttlicher Einflüsse zu einer Geistesranke, während Bischof Smith in blütenweißer Reinheit aus der Affäre hervorgeht.

Aus dem

Urteil des Richters

entnehmen wir folgendes:

Verschiedene Umstände haben den Richter daran zweifeln lassen, daß der Geisteszustand Fräulein Kamst ad normal sei. Diese Zweifel seien durch das Verhalten der Angeklagten während der Verhöre, durch den Besitz verschiedener medizinischer Präparate, wie Veronal, Bromsalz (!) und Morphinum und schließlich durch den Charakter der bei ihr vorgefundenen Korrespondenzen und Aufzeichnungen gewahrt worden. Diese Aufzeichnungen stellten zum Teil Bruchstücke norwegischer Poesie dar, zum Teil seien sie erotischer Natur, faszinierend in ihrer religiösen und Selbsteinstellung, ein Zeichen eines psychopathischen Charakters, der leicht für Einbrüche von außen empfänglich sei und leicht Beute der verschiedenartigsten Gefühle und Illusionen werde.

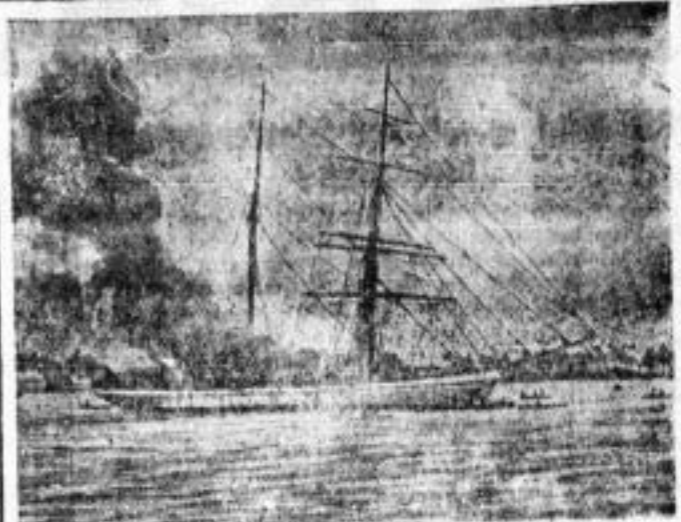
Was das Verhalten von Bischof Smith zu Fräulein Kamst ad angeht, so könne mit gutem Gewissen festgestellt werden, daß die gerichtliche Untersuchung nichts ergeben habe, was zu der Vermutung Anlaß gäbe, daß Bischof Smith in seinem Verhalten zu Fräulein Kamst ad die ihm durch sein geistliches Amt gezogenen Grenzen überschritten habe.

Zum Schluß wird festgestellt, daß man aller Wahrscheinlichkeit nach Fräulein Kamst ad als

religiös geprägter Geisteskrankheit

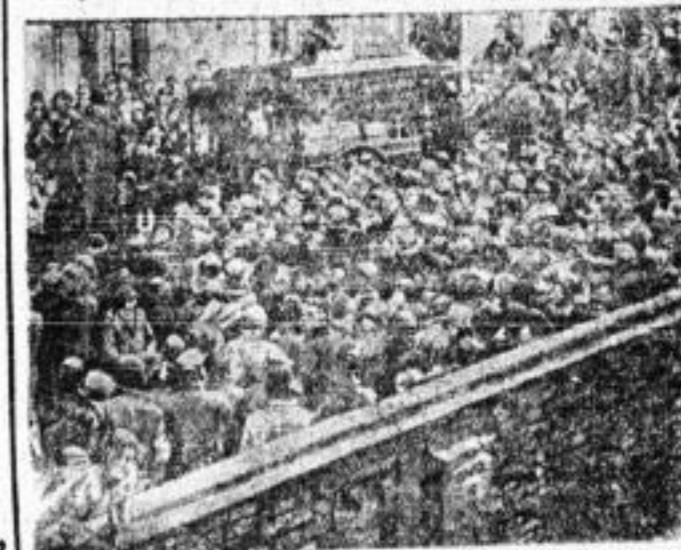
verfallen bezeichnen müsse.

Bischof Smith hat darnach Befähigungsnachweis geleistet, vom Vatikan als Ehrenmitglied aufgenommen und vom Papste heilig gesprochen zu werden.



Der Brand des Carnegie-Schiffes

Wie feinerzeit bereits berichtet, ist das berühmte sogenannte unmagnetische Forschungsschiff des Carnegie-Institutes im Hafen von Apia auf Samoa durch einen plötzlich ausbrechenden Brand zerstört worden. Das Schiff war gänzlich ohne Eisen erbaut, um magnetische Störungen zu vermeiden. Jetzt ist auch das erste Bild vom Brande nach Europa gelangt.



Das Begräbnis der Opfer des Kinobrandes in Valsby

Der Chef verbietet den Bubitopf —

und droht jeder Trägerin fristlose Entlassung an — Firma Holzmann, Berlin, will jedem Arbeiter die Knochen kaputt schlagen, der die Wände beschreißt

An der schwarzen Tafel einer Fabrik im Vogtland war vor kurzem folgende Bekanntmachung der Direktion zu lesen:

„Trotz unserer Warnung hat sich eine unserer Arbeiterinnen einen Bubitopf schneiden lassen. Wie in derartigen Fällen, so war wohl auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens, Sensation, also Aufsehen zu erregen. Das hat sich denn auch heute früh beim erstmaligen Erscheinen dieser Arbeiterin in unserer Fabrik gezeigt. Für den Fall, daß sich die durch diese Arbeiterin in unseren Betrieb hineingetragene Unruhe nicht schnellstens legen sollte, behaften wir uns vor,

dieser Arbeiterin zu kündigen

und die Kündigung auch gegen eine andere, ebenfalls Bubitopf tragende Arbeiterin auszusprechen, deren Einstellung feinerzeit erfolgt ist, ohne daß wir Kenntnis von dem Vorhandensein des Bubitopfes hätten.

Wir warnen hierdurch Arbeiterinnen auf das Eindringlichste.

Wir werden von jetzt ab

jede Arbeiterin fristlos entlassen, die sich einen Bubitopf schneiden läßt.“

Ein Gegenstück zu diesem Verhalten des fälschlichen Fabrikanten ist eine Bekanntmachung, die die Berliner Kaufleute Philipp Holzmann an ihren Bauplänen anbringen läßt:

„Bekanntmachung.“

Wir machen unsere Arbeiter und Angestellten darauf aufmerksam, daß wir unsere Wächter beauftragt haben, jedem die Knochen im Felde kaputtzuschlagen,

der dabei betroffen wird, wenn er Fenster, Türen, Wände usw. befleißigt, beschreißt oder beschmiert. Für Schmerzensgelde kommt die Firma in solchen Fällen nicht auf.

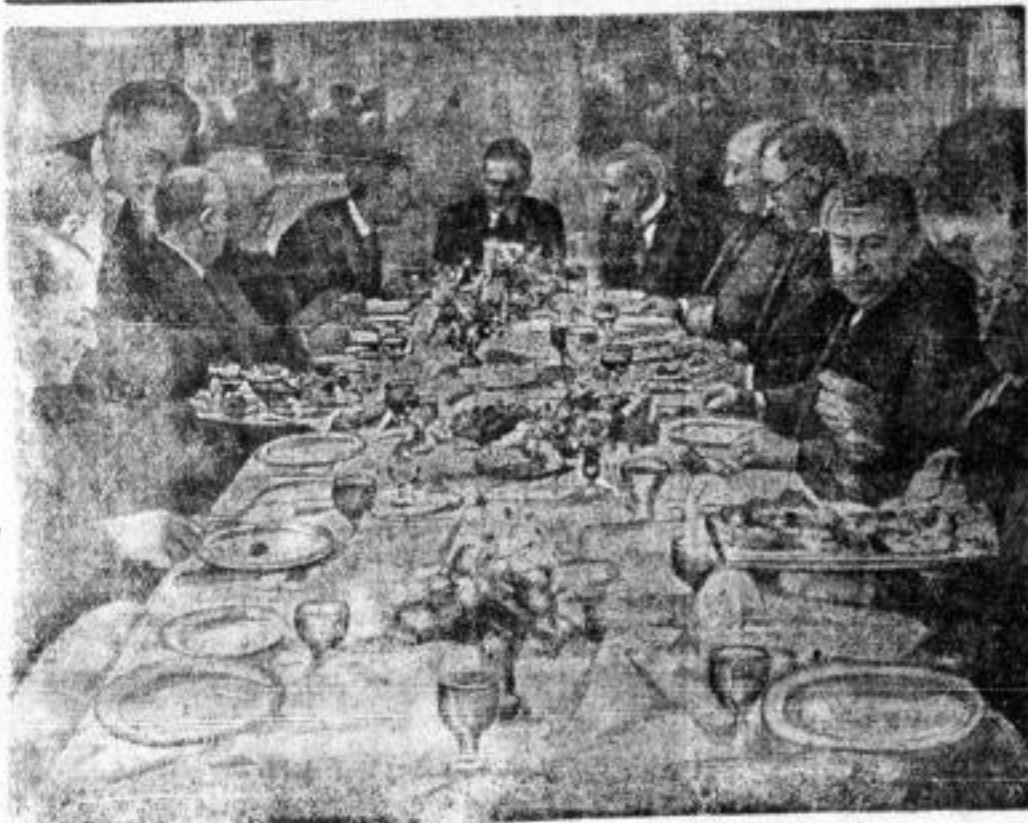
Die Direktion:

geg. Dr. Schurik.“

Abgesehen davon, daß diese Bekanntmachung der Firma Holzmann vollkommen ungeschicklich ist und dem Staatsanwalt Veranlassung geben müßte, gegen eine Firma, die unverblümt Gewalttätigkeiten gegen Arbeiter anordnet, vorzugehen, sind diese beiden Beispiele der Gemein für die ungeheuerliche Unternehmerrasserei, für die Brutalität der faschistischen Methoden, die in den deutschen Betrieben angewandt werden.

Das Insterburger Autobusunglück

Königsberg, 6. Januar. Bei den weiteren Vernehmungen zur Aufklärung des schweren Autobusunglücks am Bahnübergang bei Insterburg-Sprindt hat der Schrankenwärter Fiedler gestanden, daß er in dem Augenblick, als der Autobus mit dem Zuge zusammenstieß, noch in seiner Wohnung gewesen sei und mit seinen Söhnen Gähnen getrunken habe. Angetrunken sei er nicht gewesen, da sie erst das erste Glas eingegossen hätten. Sie seien hinausgestürzt, als das Unglück geschehen war. Er sei dann in der Wäckerbude zu Boden gefallen und ohnmächtig liegen geblieben.



Die Antisowjetfront beim „Frühstück“

In Ehren der deutschen Delegation gab Briand im Haag ein Frühstück. Auf der linken Tischseite, von links nach rechts: Außenminister Curtius, Ministerpräsident Lardies und die beiden Finanzminister Maldenhauer und Cheron. Auf der rechten Tischseite, von rechts nach links: Reichswirtschaftsminister Schmidt, Außenminister Briand, Reichsminister Wirth und Staatssekretär Schabert.

Die Lungenpest in Tunis

Bisher 39 Tote, über 300 Erkrankte

Die offizielle Agentur der französischen Regierung „Havas“ hatte am Sonnabend die Meldung verbreitet, daß die Pest in Tunis so gut wie erloschen sei und sich übrigens „nur“ unter einem eingeborenen Stamm ausgebreitet habe.

Die Ungeheuerlichkeit dieser Darstellung ergibt sich aus einem Bericht der italienischen Zeitung „Stampa“. Nach diesem Bericht sind bisher der Lungenpest 39 Personen zum Opfer gefallen. Im Bagarett von Rabat wurden über 100 Personen mit verdächtigen Krankheitserscheinungen isoliert.

Die Schulen mußten geschlossen werden.

Die ersten Befälle, die sich unter den tunesischen Arabern ereigneten, sollen darauf zurückzuführen sein, daß die Araber mit Landsknechten in Ratmatafa in Südfrankreich verkehrt haben sollen, wo ein Einfall von pestiferen Mäusen die Unruhe beschädigt haben soll.

Der Richterfandal in Neunorf

Die Verbrecher beantragen Haftbefehl gegen den Polizeichef

Wir berichteten vor einigen Tagen über den Skandal des Richters Biale in Neunorf, der das Haupt einer Mörderbande ist. Der Bürgermeister Walker von Neunorf dagegen hält Biale für unschuldig. Der Polizeichef von Neunorf, Whalen, hatte vergeblich versucht, einige Mitglieder des Mörderklubs zu verhaften.

Jetzt wird aus Neunorf gemeldet, daß der Rechtsanwalt des sogenannten demokratischen Klubs, wie sich der Mörderverein nennt, gegen den Polizeichef einen Haftbefehl beantragt hat!

Zur Begründung für diesen Antrag wird angeführt, daß Whalen unrechtmäßig in die Räume des Klubs eindringen sei und sich verschiedene Gegenstände, insbesondere die Mitgliederlisten angeeignet habe.

Zwei Todesopfer durch Spritexplosion

Im Spritwerk der Tridwerke in Rehl ereignete sich am Sonntagabend in der Abteilung Spritwert eine schwere Explosion. Durch den Luftdruck wurden im Werk und in der näheren Umgebung zahllose Fensterheben zertrümmert.

Drei Arbeiter wurden schwer verletzt.

Im Laufe der Nacht kam der 46jährige Spritmeister Stuber, am Montag früh der 29jährige H. Kaubel.

Die Explosion erfolgte im Hauptraum des Spritwerkes, wo eine 4000 Liter Methyloalkohol enthaltende Destillierblase in die Luft flog.

HAUS-HOF-GARTENFELD

Wie steht es mit der Markentartoffelbewegung?

Zur Information bringen wir unseren Lesern heute einmal einen Einblick über den Stand der Markentartoffelbewegung. — Wir glauben, daß jedem landwirtschaftlich Interessierten dieser Bericht, der den Informationen der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen entnommen, willkommen sein wird:

Der Markentartoffelverband der Provinz Sachsen wurde im Frühjahr d. J. gegründet, infolge der Notwendigkeit, das immer härter werdende Eindringen ausländischer Kartoffeln auf dem deutschen Markt zu verhindern und der deutschen Kartoffel ihr altes Ansehen zurückzugewinnen.

Der Verband, dessen Mitgliederzahl seit dem Sommer d. J. dauernd im Steigen begriffen ist, hat seine Lieferungsbedingungen in enger Anlehnung an die Bedingungen der Markentartoffel-Verbände der Provinzen Hannover, Westfalen, Schlesien sowie des Preussischen Sachsen ausgearbeitet, so daß heute von allen in der Markentartoffelbewegung tätigen Gebieten unter gleichen Bedingungen Markentartoffeln hergerichtet und dem Handel zugeführt werden. Während es die Aufgabe des Verbandes ist, durch intensive Propaganda für die deutsche Markentartoffel zu werben und bei den Mitgliedern aufläuternd über Aufgaben und Ziele der Markentartoffelbewegung zu wirken, ist von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen eine Kontrollstelle eingerichtet, welche dem Vorstand der Landwirtschaftskammer untersteht und die Aufgabe hat, die Kontrolle über die Lieferung der Markentartoffeln auszuüben.

Aus diesem Grunde werden einmal die Kartoffelfelder, von welchen Markentartoffeln geliefert werden sollen, während der Vegetationszeit im Sommer durch Sachverständige der Landwirtschaftskammer beaufsichtigt und auf Sortenreinheit und Gesundheit geprüft. Außerdem wird jeder abgehende Wagen durch einen Sachverständigen einer Kontrolle unterzogen, ob die Kartoffeln den Bestimmungen entsprechen, welche der Markentartoffelverband aufgestellt hat. Diejenigen Ladungen, welche den Bestimmungen entsprechen, werden mit der Kontrollmarke der Landwirtschaftskammer versehen, um dem Verbraucher die Gewähr zu bieten, daß er tatsächlich Ware erhalten hat, welche den Anforderungen entspricht, die er an die Markentartoffel zu stellen beabsichtigt ist.

Im Laufe dieses Sommers wurde von den Beamten der Kammer die Feldkontrolle über die Markentartoffelbestände ausgeübt. Es hat sich hierbei gezeigt, daß in diesem Jahr infolge heftigen Auftretens von Schädlingen und vor allem der falschen Fäulnis-Todeskrankheit nicht allzu viele Bestände als Markentartoffeln ansprechen sind. Trotzdem ist die Menge, welche zusammengekommen ist, bei weitem ausreichend, um in der kommenden Saison den verlässlichen Bedarf an Markentartoffeln decken zu können.

Um dieses Einfließen der Markentartoffel zu unterstützen, haben die Markentartoffel-Verbände der Provinzen Hannover, Westfalen, Schlesien sowie der Provinz Sachsen gemeinschaftlich eine Werbung für deutsche Markentartoffeln ins Leben gerufen und unterstützen den Absatz in diesem Herbst durch Herausgabe eines Werbeblattes, welches für die deutsche Markentartoffel wirkt. Durch Flugblätter, Artikel in Fach- und Tagespresse sowie Zeitungsinserte wird außerdem diese Werbung auf eine noch breitere Basis gestellt.

Der Absatz von Markentartoffeln in der Provinz Sachsen wird im Gegensatz zu Hannover, welches eine Vertriebsstelle für Markentartoffeln gegründet hat, durch den freien Handel gestützt. Da gerade der reelle Kartoffelhandel den Markentartoffelbestrebungen sympathisch gegenübersteht, ist zu hoffen, daß in Zukunft ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Landwirtschaft und Kartoffelhandel gerade für die Markentartoffel Platz greifen wird. Wir hoffen, auf diese Weise am ehesten der Markentartoffelbewegung zu dienen, da durch die Kanäle des freien Handels am sichersten mit einem Absatz auf breiter Basis gerechnet werden kann.

Es wird außerdem beabsichtigt, durch Verkauf an Markthandlungen in den größeren Städten die breite Masse des Publikums mit der Markentartoffel vertraut zu machen. Erfahrungen, welche hiermit in Halle gemacht sind, berechtigen zur Voraussetzung, daß diese Maßnahmen von Erfolg begleitet sein werden.

Wir begrüßen die Verbesserung der auf den Markt gelangenden Kartoffeln durch die Kontrolle des Markentartoffelverbandes. Gleichzeitig stehen wir der Verdrängung der ausländischen Ware ablehnend gegenüber, da durch sie eine Preiserhöhung durch die inländischen Großproduzenten begünstigt wird.

Ankraut, spez. Windhalmbekämpfung im Wintergetreide

Zu den Unkräutern, die in den letzten Jahren eine erschreckende Zunahme zu verzeichnen haben, und die am schwersten zu bekämpfen sind, gehört der Windhalm. Er findet besonders feuchte, siltige Böden mit etwas hohem Grundwasserstand und kann sich hier so rasch entwickeln, daß er das Getreide völlig überwuchert und unterdrückt. Eine Windhalmplage vermag bis zu 12.000 Samen auszubilden, die infolge ihrer langen Bezugszeit durch den Wind oft weit fortgetragen werden. Die Keimung des Windhalms erfolgt bei rechtzeitigem Saatbestellung schon im Herbst. Die jungen Pflanzen sind kaum vom Roggen zu unterscheiden, wohl aber vom Weizen durch ihre hellere Farbe und ihre kräftigere Entwicklung. Einem Unfall ist es zu verdanken, daß man beobachtet hat, daß der Windhalm durch eine Herbizidbehandlung mit Kaliumchlorid restlos vernichtet werden kann. Zahlreiche Versuche, die in den letzten Jahren von führenden Landwirten in Versuchungen durchgeführt worden sind, haben ergeben, daß man den Kaliumchlorid am zweckmäßigsten in einer Menge von ca. 160 Kilo je Hektar drei bis sieben Wochen nach dem Auslaufen bei trockenem Wetter ausstreut. Hierdurch werden die zu dieser Zeit gerade auslaufenden Windhalmplanken restlos vernichtet, während das Getreide durch die Stickstoffdüngung gestärkt in den Winter geht. Gleichzeitig mit dem Windhalm wurde noch eine Reihe anderer Unkräuter wie Kornblume, Kornrade, Wilde, Kamille, Vogelmiere usw. vernichtet.

Dünger. Man unterscheidet kalte und warme Dünges. Die kalten sind der Kuh- und Schweißmist, während alle übrigen als warme, ja heiße, anzusehen sind. Der heißste ist unbedingt der Pferdemist, der deshalb im frischen Zustande nur in kalten Fäßen verwendet werden soll, im leichteren muß er vorher mit Jauche (Gülle) behandelt und durchgearbeitet werden, damit er die größte Hitze verliert. Leichte Böden vertragen ihn auf längere Dauer auch in diesem Zustand nicht, andererseits arbeitet es sich mit ihm am einfachsten. Schaf- und Hengermist ähnelt ihm. Noch hitziger ist der Geflügelmist, der deshalb nur in kleineren Mengen gebraucht werden soll. Am besten ist es, ihn in Wasser aufzulösen, durchgaren zu lassen und dann kalt verdünnt zu Düngestücken zu bringen.

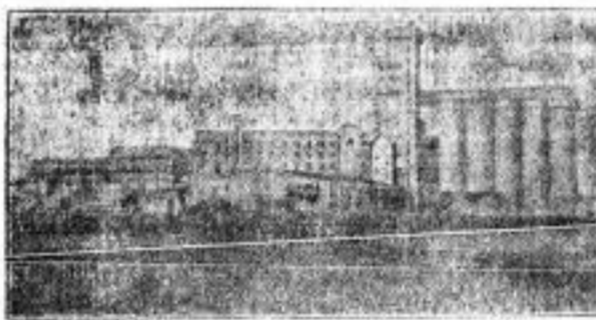
Die Getreideschlacht ist gewonnen

Der Telegraphenagentur der Sowjetunion zufolge teilt das Handelskommissariat mit, daß der Jahresplan der Getreidebeschaffung bis zum 1. Dezember restlos durchgeführt worden ist.

Der Sieg an der Getreidefront ist für die Sowjetunion von größter wirtschaftlicher und politischer Tragweite. Er ist das erste bedeutende Ergebnis der entschlossenen Wendung in der Landwirtschaft zum sozialistischen Umbau, der die wichtigste Voraussetzung für den neuen Sieg auch an der Front der Industrialisierung ist.

Lenin sagte: „Der Kampf um das Getreide ist tatsächlich der Kampf um den Sozialismus.“

Das Getreidemonopol war auf allen Etappen der Oktoberrevolution das historische Problem und bleibt es auch noch gegenwärtig. In diesem Problem widerspiegeln sich sozusagen die Wechsel-



Die Anlage eines großen Mühlen-Kombinats in Omsk (Sibirien) u. a. eines neuen Elevators mit einer Kapazität von einer halben Millionen Tonnen.

beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und dem Bauerntum, den beiden Trägern der Revolution.

In der Getreidebeschaffung wirkt sich die Bauernpolitik der Partei praktisch aus. Die Politik der Partei und Arbeiterklasse war und ist bestimmt durch die rückwärtslose Offensive gegen die kapitalistischen Elemente auf dem Dorf. Sie mußte gegen den hartnäckigen Widerstand der Rechten, der Buharinschen Gruppe durchgeführt werden.

Jahresplan in 5 Monaten zu 99,3 Prozent erfüllt

Welche unmittelbaren Resultate zeitigte die Generallinie der Partei in der Getreidebeschaffung? Nach den bis zum 31. Oktober, dem 1. Dezember, vorliegenden Angaben wurde in fünf Monaten der Jahresplan der Getreidebeschaffung zu 99,3 Prozent erfüllt. Während die Getreidebeschaffung in den Jahren von 1926 bis 1929 in derselben Zeit, d. h. in fünf Monaten, jeweils 5,500 Millionen Tonnen, 4,361 Millionen und 4,75 Millionen Tonnen betrug, erreichte sie in diesem Jahre 12,810 Millionen Tonnen oder um rund 85 Prozent mehr als das Gesamtergebnis von 1928/29 (9,418 Millionen Tonnen).

Kohlamenbau

Samen von Kopfkohl zu bauen, ist zwar einfach, doch ist es für den Landwirt schwer, ihn zu verkaufen. Wer also größere Mengen anbauen will, tut gut, vorher mit einer bewährten Samenhandlung einen Vertrag abzuschließen und für diese anzubauen. Anders ist es, wenn man sich eine gute Lokalorte durch Eigenamenbau erhalten will. Man kann von einem Kopf 20 bis 50 Gramm Samen ernten. Der Erfolg beruht auf der richtigen Auswahl guter Winterpflanzen, und im Verhältnis von Kreuzungen, indem Wind oder Insekten von nahen Kohl- oder Kohlrabipflanzen Blütenstaub übertragen. Das muß durch räumliche Trennung vermieden werden. Die Technik des Anbaues ist sehr verschieden. Hier einige Beispiele. Kohlrüben werden im Frühjahr, ohne die Köpfe, tief eingepflanzt und nur ein bis zwei Samenkegel geduldet. Ferner werden auch die Köpfe ohne den Strauch tief eingepflanzt, die dann Samenkegel austreiben. Es werden schließlich die Köpfe auch mit Strauch überwintert und dann im Frühjahr so eingepflanzt, daß der Kopf auf dem Boden steht. Die Pflanzweite muß mindestens 80 Zentimeter betragen. Der Same reift ungleich. Ist die Mehrzahl reif, so wird abgehackt, gebündelt und zur Raureife oder zum Trocknen auch wohl aufgehängt. Dann erfolgt der Druck, die Reinigung und eine möglichst kühle und luftige Lagerung des Samens.

100.000 Traktoren im Jahre. In Verbindung mit der ungenutzten Erweiterung des Traktorenbedarfs hat die Leitung der Stalintraktor-Fabrik ein neues Projekt in den Vordergrund gerückt, wonach die Leistungsfähigkeit der Fabrik auf 100.000 Traktoren im Jahre gesteigert werden soll. Die bisher veranschlagte Leistungsfähigkeit von 50.000 Traktoren sieht eine Arbeit in zwei Schichten vor. Durch die Einführung einer dritten Schicht könnte die Erzeugung bis auf 70.000 erhöht werden. Eine Erzeugung einiger Maschinen durch leistungsfähigere und die Erweiterung einiger Maschinen würde die Herstellung von 100.000 Traktoren ermöglichen.



Die Aufnahme zeigt die Initiatoren der ersten Brigaden-Kommune, die Arbeitsergebnisse Lartakov, Genzer, Dabinsky u. Nikolajewitsch.

Damit sind nicht nur die Schwierigkeiten in der Brotversorgung der Städte behoben, mit denen die Sowjetunion besonders in den letzten zwei Jahren zu kämpfen hatte, sondern auch die Voraussetzungen geschaffen für die Wiederaufnahme des Getreide-Exportes. Durch die wesentlich frühere Beendigung der Getreidebeschaffung, die ursprünglich erst am 15. Januar bzw. 1. Februar 1930 abgeschlossen werden sollte, hat die bolschewistische Partei die Möglichkeit erhalten, ihre Kräfte für die Verwirklichung der anderen dringenden Maßnahmen, vor allem für die Vorbereitung der Frühjahrsanbaue, in größerem Umfange einzusetzen.

Die Initiative der Massen

Mit welchen Methoden wurde der Erfolg gesichert? In erster Linie durch eine straffe Zusammenfassung des Gesamtsystems der Beschaffungsorgane und durch die Beteiligung der Arbeiter und Bauern, die sich in diesem System in den Vorjahren gezeigt hatten, durch eine feste Taktik und eiserne Konsequenz gegenüber dem Klassenfeind im Dorf, durch die Ausdehnung der Planwirtschaft auf die Landwirtschaft, auf die Bauernwirtschaften. Den Widerstand der großbäuerlichen Kulakenelemente, ihre Machenschaften gegen die Diktatur des Proletariats beantworteten die Sowjetorgane mit einem verachtenden Schlag. Sie rückten damit ihre Autorität und gewannen das Vertrauen der mittel- und kleinbäuerlichen Schichten.

Die Kollektivierung, die Heranziehung der Mittel- und Kleinbauern spielte die entscheidende Rolle in der Getreidebeschaffung. Neben dem verstärkten Aufbau von Kollektivwirtschaften, der in diesem Jahre den Charakter einer Massenbewegung angenommen hat, und sich in der Kollektivierung ganzer Bezirke und Teile der Sowjetunion (Nordkaukasus) auswirkt, dient als Mittel zur planwirtschaftlichen Erfassung der großen Masse auf dem hohen Lande der verstärkte Abschluß von Anbauverträgen, d. h. gegenseitigen Wettbewerbsverpflichtungen der Stadt- und Landbevölkerung auf wirtschaftlichem Gebiet. Ein unmittelbares Ergebnis dieser Anbauverträge war, daß die Versorgung des Dorfes mit Industriewaren im Gesamtwert von 1,1 Milliarden Rubel sich gegenüber dem Vorjahr um 43 Prozent erhöhte.

Die Kollektivierung marschiert

Der Sieg an der Getreidefront ist auch noch insofern von größter Bedeutung, als er mit beiträgt zur Verwirklichung der im Fünfjahresplan vorgesehenen Erhöhung des Reallohnes um 70 Prozent und dem weiteren Ausbau der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter einen kräftigen Anstoß gibt. Wie gewaltig sich die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter in diesem einen Jahre entwickelt haben, geht aus der Tabelle hervor, daß auf ihren Anteil 2,1 Millionen Tonnen oder über 15 Prozent der gesamten Getreidebeschaffung entfiel und daß nach den gemachten realen Erfahrungen ihr Anteil im kommenden Jahre 50 Prozent betragen wird.

Allen der Getreidefront wird auf Grund dieser Erfahrungen bereits 1931 4 Millionen Hektar bebauen und 3,276 Millionen Tonnen ernten, während nach dem Fünfjahresplan der Ernteertrag erst im Jahre 1932/33 1,638 Millionen Tonnen betragen sollte. Die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter entfalten sich immer mehr zur sozialistischen Basis der Landwirtschaft in der Sowjetunion.

Warmwasserheizung im Gemüsehau

Es ist eine bekannte Tatsache, daß warmer Boden das Pflanzenwachstum begünstigt. Aus diesem Grunde sind darüber zahlreiche Versuche angestellt worden, mit dem Zweck, die Produktivität der Winter- und Frühjahrskulturen zu heben. Es zeigte sich, daß bei der Erprobung der verschiedenen Heizkraftanlagen, wie elektrische Kabelheizung, Warmwasserunterheizung, die Dampfheizung die günstigsten Resultate erzielte. Letztere Heizkraft hat die günstigste Ertragsleistung übernommen. Sie benutzt ein Zirkulations-system von Dränageröhren, in welche Dampf gepreßt wird. Die Apparatur der Bodenheizung erwärmt den Boden gleichmäßig, ist außerdem in Anlage und Betriebskosten sehr billig. — Nach einem Entschluß der Versuchs- und Beispielgärtnerlei für Gemüsebau der Landwirtschaftskammer Hannover wurde bei Benutzung der beschriebenen Heizanlage bei Treibhauseinrichtungen ein Zeitgewinn von zwölf Tagen erzielt, bei einer Tomatenernte betrug der Ertrag auf einer erwärmten Fläche 21 Kilogramm und auf einer gleichgroßen unbeheizten Fläche nur 9 Kilogramm. Nach Berechnung kann auf einen Reinnahertrag von 3 bis 5 Mark je Quadratmeter geschlossen werden.

Britische Winte

Reichter Boden soll im Spätherbst oder im Winter gegraben und im Frühjahr ohne ein nochmaliges Graben bestellt werden, sonst fehlt es ihm im Mai und Juni an Feuchtigkeit. Auch der Stallmist soll schon im Spätherbst oder Winter gegeben werden, so daß er sich bis zum Frühjahr zerstreut hat und zur Feuchtigkeit des Bodens beiträgt. Gerade der verrottete Mist ist als ein Sammler von Vorratsfeuchtigkeit anzusehen. Will man nach etwas Besonderes tun, so düngt man im Frühjahr noch mit etwas künstlichem Dünger, und zwar mit 40prozentigem Kalk oder Superphosphat.

Der Komposthaufen ist nach Eintritt von kaltem Wetter umzuwerfen. Daraufhin friert er um so leichter durch und die in ihm befindlichen Schädlinge werden um so leichter getötet. Man kann dabei auch den fertigen, also verwesten Kompost in den Garten bringen und verteilen; den nicht vollständig fertigen setzt man um und gibt Kalk, Thomasmehl und Kainit dazu.

Zum Kalken des Bodens kann Kalk und Graufalk verwendet werden. Der Graufalk wirkt langsamer und ist milder, es kann mit ihm gewissermaßen nichts verdoeben werden. Er ist deshalb für leichtere Böden zu empfehlen. Der Kalk wirkt schneller und auch heftiger. Er muß vor dem Gebrauch gelöst werden und ist dann in feinstückiger Beschaffenheit trocken auf die ebenfalls trockenen Beete auszustreuen und sofort einzugraben oder einzuhacken. Feucht aufgebracht, häuft er sich zusammen, überzieht sich mit einer festen Schicht, wird hart wie Stein und wirkt nicht. Weiter ist beim Kalken zu berücksichtigen, daß es bei möglichst windstillem Wetter und unter Berücksichtigung der Windrichtung erfolgt, auch streuen man nicht mehr, als am gleichen Tage untergebracht werden kann. Für ein Hektar werden etwa 15 bis 20 Kilogramm gebraucht, womit für drei bis vier Jahre gesorgt ist.

Wenn Sühner weichschalige oder dünnschalige Eier legen, so fehlt es ihnen an Kalk. Es muß ihnen deshalb reichlich Kalk zum Futter gegeben werden. Sollten einzelne dennoch mit dem Legen gleichiger Eier fortfahren, so sind die Tiere zu fett und stoßen die Eier vorzeitig ab; bei solchen Tieren hilft nur entsprechendes Fasten.

Aufstand in Albanien

Ein Schlag gegen die kriegerische Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion

London, 6. Januar. (Eig. Meldung.) Nach Meldungen aus Athen ist in ganz Albanien ein Aufstand gegen den König Zogu ausgebrochen. Eine Reihe nordalbanischer Bergstämme verweigerte die Zahlung der zum wiederholten Male erhöhten Steuern und lehnt sich gegen eine Reihe von Zwangsmassnahmen auf, die unter dem Deckmantel von „sozialen Reformen“ eingeführt werden sollen. Gegen die Albaner wird Militär zusammengezogen.

Die Bergstämme Nordalbaniens befinden sich bereits lange Zeit in einem zähen und unterbrochenen Kleinkrieg gegen das Regime Zogus. Der albanische Diktator Zogu, von Mussolini als Gnadens, stützt sich im Innern auf bestimmte kapitalistische Schichten in den Städten, das albanische Handelskapital und einige südalbanische Grundbesitzer. Die härteste Stütze Zogus ist der italienische Faschismus, der ihn auch in den Sattel gehoben hat.

Die Aufstandsbeziehung ist nach übereinstimmenden Meldungen durchaus ernst, was auch daraus hervorgeht, daß Zogu den längst gefassten Plan, zu den Hochzeitsfeierlichkeiten nach Rom zu fahren, nicht ausgeführt hat.

Die Aufstände können, wenn sie weiter an Ausdehnung gewinnen, im Zusammenhang mit der revolutionären Bewegung auf dem übrigen Balkan, vor allen Dingen in Jugoslawien und Bulgarien, die Diktatur Zogus ernstlich erschüttern. Dadurch würde der kriegerischen Einkreisungspolitik der Mächte gegen die Sowjetunion und besonders der Position Mussolinis auf dem Balkan ein schwerer Schlag verfehrt werden.

Die Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion

Moskau, 6. Januar. (Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Der Beschluß des Rates für Arbeit und Verteidigung über die Wirtschaftsjunkturen im Oktober und November ist heute veröffentlicht worden.

Der Beschluß stellt fest, daß die planmäßigen Vorschläge in einer Reihe von Volkswirtschaftszweigen, insbesondere der Landwirtschaft, überschritten sind, daß der Getreideaufbringungsplan überholt und der Warenumfang gesteigert wird.

In der Industrie ist neben überaus wesentlichen Fortschritten jedoch mitunter eine nicht ganz reifliche Verwirklichung der planmäßigen Vorschläge wahrzunehmen, so in der Brennstoff- und der Metallindustrie, was vornehmlich auf eine unrichtige Organisation der Arbeit der Verwaltungsorgane dieser Industriezweige zurückzuführen ist.

Der Beschluß verweist darauf, daß die Abstellung dieser Mängel durchaus möglich ist und macht es allen Wirtschaftsorganen zur Pflicht, in kürzester Zeit einen entschiedenen Umschwung der Arbeit herbeizuführen und die planmäßigen Vorschläge reiflich zu verwirklichen.

Werttätige Bauern statt fauler Mönche

Moskau, 5. Januar. Das große und altherühmte Westfesski-Kloster im Bezirk Vaga in Nordwestrussland ist geschlossen worden. Die Gebäude und das Grundstück werden den armen Bauern des Bezirks überlassen, um eine Kollektivwirtschaft zu gründen. Die Schließung des Klosters ist infolge einer einstimmig erhobenen Forderung der örtlichen Bauernschaft erfolgt.

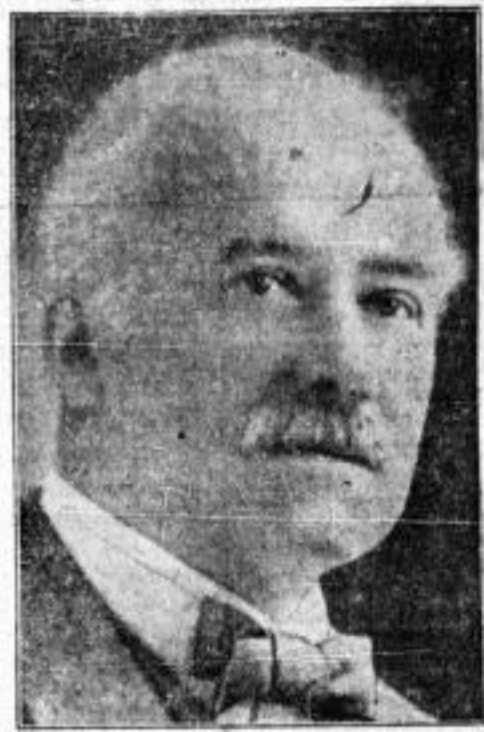
Moskau—Wladiwostok

Moskau, 6. Januar. (Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Wie die Zeitung der Dänischen Eisenbahn mitteilt, sind die Vorbereitungen zur Eröffnung des Durchgangsverkehrs nach Wladiwostok beendet. Die chinesischen Behörden haben Jollagenten nach der Station Vjegrantschna entsandt. Chinesische Exporteure bestimmen dementsprechend von ihnen gecharterte Dampfer nach Wladiwostok anstatt nach Dairen.

Der Flug Cobhams von London nach Kapstadt gescheitert

London, 6. Januar. Nach Mitteilungen aus Salisbury (Südrhodesien) hat der bekannte englische Flieger Sir Alan Cobham, der sich von London nach Kapstadt unterwegs befand, seine Maschine im nördlichen Rhodesien aufgeben müssen. Die Maschine ist dort im Sumpfgebiete verschwunden, ehe wirksame Hebungsarbeiten möglich waren.

Sir Deterding



Der Celmagnat der Royal Dutch-Shell-Gruppe, Finanzier der Tschernowozkischer

Sflaventransport China-Kongo

Brüssel, 6. Januar. Mit einer großen Partie chinesischer Arbeiter hat der französische Dampfer „Mie“ Pointe-Noire im französischen Kongo verlassen, um diese Arbeiter nach China zurückzubringen. Die Arbeiter waren keineswegs für den Bau der Eisenbahnlinie Kongo-Ocean angeschlossen worden, hatten sich jedoch gegen die fürchtbaren Arbeitsbedingungen und die Brutalität der französischen Arbeiter aufgelegt.

Die Sowjethilfe für die verschollenen Flieger

Am Sonnabend ist der bekannte russische Flieger Tschuchowski mit den übrigen Mitgliefern der Hilfsexpedition für die verschollenen amerikanischen Flieger Eielson und Barland in Krasnojarsk eingetroffen, wo er heute zur Suche nach den Fliegern Partien wird.

Die zweite Rettungsexpedition, die unter Leitung Gromows steht, tritt ihre Expedition von Chabarowsk in Ostsibirien aus an. Gromow erklärte, daß der erste Flug bis zum Nordkap ausgedehnt werden soll. Nach Gromows Ansicht werden die Sowjetflieger ungefähr am 20. Januar den Teil des Polargebietes erreicht haben, wo vermutlich das amerikanische Flugzeug niedergegangen ist.

Der holländische Dampfer „Hoplein“ gesunken

Oslo. Sonnabend ereignete sich an der Landzunge Stab lüch von Klelund (Mittelnorwegen) ein Schiffsunglück, das wahrscheinlich fünf Menschenleben gekostet hat. Der große holländische Dampfer „Hoplein“ aus Amsterdam stieß auf einer Klippe auf Grund, von der Brandung wurde das Schiff an Land geworfen und in zwei Stücke zerklüftet. 34 Angehörige der Besatzung konnten in erschöpftem Zustand gerettet werden. Ein Rettungsboot jedoch, in dem sich der dritte Steuermann und vier Matrosen befanden, ist vertrieben worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind die fünf Insassen ums Leben gekommen, da bisher trotz eifrigster Suche keine Spur von ihnen gefunden werden konnte.

Die Oelfelder bei Baku



Deterding und Co. möchten sie vom Sozialismus „befreien“ ...

B. BEJLYON • L. PANTELEJEW

68

SCHKID

DIE REPUBLIK DER STROLCHE

Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin, 1928

„Der Bandit ist da!“
„Bravo!“
„Hurra!“
Lenja ging zu seiner Bank, setzte sich hin, verputzte sich und machte das Bündel auf. Zaps und Dschaparidse setzten sich sofort zu ihm:
„Zeig her!“
Pantelejew breitete auf dem Tisch die Sachen aus.
„Ist Zantel schon zurück?“ fragte er.
„Noch nicht.“ sagte Zaps, der schon das Buch von Saltykow durchblätterte.

Spah, Bronkanten und Klamotte umringten Pantelejews Bank.
„Beg, ihr!“ rief Lenja. „In lehen gibt's hier nichts. Das sind Geschäftsgelchennisse.“

Die Neugierigen emserten sich. Lenja tat alles in den Tischkästen und legte die mitgebrachten Lebensmittel beiseite.

In diesem Augenblick kramte, rot und verämbelt, Zantel in die Klasse. In der Hand hatte er ein riesiges verpacktes Paket. Hoohtiganien empfing ihn mit nicht minder lautem Hurra.

Zantel warf sich in die Bank, pustete und sagte:
„Uff! Ich hab schon geglaubt, der Gämterich ist da!“

„Uff, der einen Augenblick lang verstimmt war, zog den Kopf zwischen die Schultern.“

„Aaromän als Vertreter der Epoche... Wenn man seine Werke in chronologischer Ordnung analysiert, dann...“

Die Glode läutete. Ohne den Satz zu beenden, stand Uff auf und trollte sich aus der Klasse.

„Lotteriekommision hierher!“ rief Zantel.

Die Vier verammelten sich neben Pantelejews Bank. Zantel schlepte sein Paket heran, öffnete es und legte ein Duzend verschiedener Schmäler auf die Bank, eine Masse Kleinfram, Stainetten, eine Kalerpalette und den kompletten „Ader“, ein Jahrgang 1909. Auch Zaps schlepte seine Sachen herbei. Er lieferte 120 Bogen Schreibpapier ab, die er während eines ganzen Jahres zusammengelpart hatte, und ein Duzend Zuberblei stiftete.

Dschaparidse zog seine Gamalchen aus und opferte sie für die Lotterie. Gamalchen galten in der Schkid als Gipfel der Eleganz, weshalb Dschaparidse's Beitrag besonders wertvoll war. Als alles beisammen war, schlug Zantel vor:

„Jetzt wollen wir den technischen Teil erledigen. Wir müssen einen Katalog machen.“

Sie fingen an. Als erste Nummer kam ein Paar Schlittschuhe:

1. Erstklassige Kunstschlittschuhe „Jadson“.

Dann die Gamalchen.

2. Prachtvolle Tuchgamalchen (letzte Londoner Mode).

Als drittes die drei Zentimeter hohe Tostolbüste.

3. Tostol-Büste in Lebensgröße.

Die weitere Klassifizierung der Dinge war schwierig.

Der Reder wurde einer Prüfung unterzogen. Er erwies sich als leeres Blechbehälter mit Zifferblatt ohne jeden Mechanismus.

„Ein Gedanke.“ sagte Zaps. „Schreib: Elegante Bekuhr und deneben auf Deutsch: ohne Mechanismus.“

„Was heißt das?“ fragte Dje. „Das klingt ja großartig.“

„Das heißt, daß die Uhr keinen Mechanismus hat. Die Jungen verstehen das nicht und glauben sicher, das ist die Firma.“

Dann folgten „ein kompletter Jahrgang der Zeitschrift „Ader“ für das Jahr 1909 in Pracht-Kalibereinband“, ein zerbrochenes Oblemmer, das als „Damaszener Dolch“ bezeichnet wurde, das Fenerzeug und Saltykow.

Dann kam das Kleinzug, die Statuetten, die Kleistifte uim.

Zu allerletzt das Papier:

51. Prachtvolles Bellpapier, 5 Bogen.

52. Prachtvolles Bellpapier, 5 Bogen.

53. Prachtvolles Bellpapier, 5 Bogen.

Der Katalog umfaßte 70 Nummern.

„Was soll denn das Los kosten?“ fragte Pantelejew.

„Ich denke, zwei Portionen Feinwader, oder ein halbes Pfund Brot, oder 5 Kopelen in Goldwährung.“ meinte Zaps.

Zantel rechnete nach und sagte:

„Dann hätten wir gar keinen Proffit von der Sache. Drei Rubel fünfzig in Goldwährung würde das ergeben... Das rentiert sich nicht. Die Schlittschuhe allein kosten zwei Rubel.“

„Rieten soll es nicht geben.“ sagte Dje.

„Rein, keine Rieten.“

„Eine kleine Veränderung wurde beschlossen. 5 Bogen wurde in 2 Bogen“ umgewandelt. Auf diese Weise ergabte man 120 Nummern.“

Als der Katalog fertig war, ging man an die Herstellung der Lose. Zantel fertigte ein Muster an:

Lotterielos Nr. 1

berechtigt zur Teilnahme an der Ziehung

Schahmeister:

Mit Pantelejews und Djes Hilfe fertigte Zantel 120 Stück an.

„Wer ist der Schahmeister?“ fragte Pantelejew. „Ich denke: Zantel.“

„Nein!“ Den soll der Teufel holen!“ erklärte Zaps.

„Rieder: Dje.“

Man einigte sich auf Dje. Der frischgebakene Schahmeister unterzeichnete jetzt die Lose.

Alle arbeiteten bis zum Abend: man schrieb Lose, steckte Nummern an die Verlosungsgegenstände, zählte mit dem Katheder eine Ecke der Klasse ab und stellte die Gegenstände auf den Tischen des leeren Bücherstranges auf.

Am Dienstagmorgen sahen die Hoohtiganier, als sie nach dem Tee in die Klasse kamen, ein riesiges Plakat:

Achtung!!!

Jeder aufgeklärte Schlöder kann gewinnen

Schlittschuhe „Jadson“

Tuchgamalchen

eine Bekuhr „ohne Mechanismus“

und eine Masse anderer nützlicher und wertvoller Dinge, wenn er ein Lotterielos erwirbt.

Preis des Loses:

2 Portionen Zucker, oder 1/2 Pfund Brot, oder 5 Kopelen in Goldwährung.

Die Lose sind zu beziehen beim Schahmeister der Ziehungskommision G. Dschaparidse. Ebenfalls erhältlich ein vollständiges Verzeichnis der Gewinne.

Die Ziehungskommision:

Conin, Zerosjew, Dschaparidse und Tschorngh.

Vor dem Plakat versammelte sich eine große Menge. Die Kunde von der Lotterie durchwehte die ganze Schkid. Sachtes, der in die vierte Abteilung kam, um seine Verlesung zu halten, gelang es nur mit großer Mühe, die Horden der Einwohner von Kapschakland, Kowdland und Unfugantien zu verjagen.

Während der Stunde herrschte ungeheure Aufregung; sogar Wiknikar, der in Hoohtiganien die Geschichte des Altertums dozierte, konnte nur mit Mühe Disziplin in die aufgewühlte Masse bringen. Jemand zeigte wortlos auf das schreiende Plakat am Katheder.

Wiknikar las es lächelnd, dann aber machte er ein finstres Gesicht:

„Ihr hättet mich früher um Erlaubnis fragen müssen.“

sagte er.

Dresden-Neustadt

Hut-Heinz Damenp. Herren-Häufel...

Walter Schmidt G. m. b. H. Kufürststraße 20...

Markthalle Hermann Goldberg...

Walferei-Handl. Mag. Starin...

Feine Fleisch- und Wurstwaren Oswald Wolf...

Restaurant zum Sportfreund...

Friedrich Wiltschel Feine Fleisch- und Wurstwaren...

Porzellan Ed. Konrad Königsbrücker Str. 24...

Neu! Gaststätte F. Meier Neu!...

Musik-Dunkel Königsbrücker Str. 2 (Alberplatz)...

Einoleum / Tapeten / Leptche Richard Weber...

REFORMUL KINDEBETTEN Bettstellen...

Brot- und Feinbäckerei Otto Hertel...

Warenhaus Meidner & Co. Bischofsplatz 8/10...

Karl Thomas Fleisch- und Wurstwaren...

Glau & Pötschke Mineralwasser-Fabrik...

Sport und Trikotagen Kaden Torgauer Straße 33...

Möbel MAX HÖHNEL eigene Tischwerkstätten...

Modenhäuser Schnurpel Leipziger Straße 89...

Joh. Georg Thomas Chemische Wäberei...

Gaststätte Emil Friebe Ecke Bürger- und Torgauer Straße...

Staplans Großwäscherei Döbener Straße 36...

Musik-Noack Büchelstraße 8...

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Emil Martin...

8% Moden-Warenhaus 8% Paul Katze...

Heinrich Richter Markgrafstraße 42...

St. Pauli-Apotheke 4909...

Neue Dresdner Beerdigungs-Anstalt 'CONCORDIA'...

T. B. LICHTSPIELE Bischofsplatz 2-4...

Feine Fleisch- und Wurstwaren...

Kauft KOHLEN bei Kretschmar & Munkelt...

Textilwaren Spezialitäten...

Kaffee Alexander Beckert...

Spartaus Kurt Unmann...

Lebensmittel...

Dampf-Lohnwäscherei...

Bäckerei u. Konditorei...

Tanzpalast Orpheum...

Brillen Schenk...

Feine Fleisch- u. Wurstwaren...

H. Fleisch- u. Wurstwaren Albert Jähne...

Metropol-Lichtspiele...

Musikhaus Otto...

Strümpfe Trikotagen...

Martin Böhndel...

Arb.-Verkehrslokal...

Kurt Wünschmann...

Wachtelsohnke...

Neu! Gaststätte Adlerhorst...

Lebensmittel-Herrmann...

H. Maukisch Nachig...

Die/Mützen/Herrnartikel Th. Stern...

H. Fleisch- u. Wurstwaren Hermann Weinhold...

Blumen-Geschäft...

Jul. Gubisch...

Königkuchen-Bäckerei...

Döbener Bräuer...

Molke-Apotheke...

Hommel's Schokoladenhaus...

Schokoladen Konditoren...

Kaufhaus Fanger...

Salzkütte zum Döbereiner...

Zoologische Handlung...

Lebensmittelhaus...

Bäckerei Konditorei Café...

Möbelhaus 'Union'...

Arbeiter, kauft eure Möbel nur bei König!

Erich Fischer...

E. Werner...

Verkehrslokal der Arbeiterschaft...

Onkel Willi...

Herbert Diechtmid...

Bruno Gerstenberger...

Fisch-Göß...

Selene Tittmann...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Friedrich K. o. z. m. b. H. Dresden...

Erdmann Anders...

Referenziert 85...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Dampfwäscherei 'Edelweiß'...

Barbara-Apotheke...

Feine Fleisch- und Wurstwaren...

Fleisch- und Wurstwaren...

Fein- Metallwaren und Werkzeuge...

Fisch-Oehme...

Feine Fleisch- u. Wurstwaren...

Markthalle Paul Conrad...

Schubhaus Knobloch...

Heinrich Hauswald...

Bettfedern-Reinigung...

Winkelmanns Restaurant...

Uhren aller Art / Goldwaren...

Ewald Löscher...

Ungländisches Musikhaus...

Medizin-Drogerie G. Stephan...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Möbel-Mühle...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte...